

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 18 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Dienstag, den 23. Januar 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

England-Italien aktiv
Seite 2

Genf für Saarfreiheit
Seite 3

Revolution der Wirtschaft
Seite 4

Die „Weisen von Zion“
Seite 5

Der reichste Deutsche:
Wilhelm II.
Seite 8

Sturm gegen Papen

Der Vizekanzler als „Operetteneinlage“ — Wieder einmal Kampf gegen die „feinen Leute“? — Zur Aufpulverung der ermüdeten Alten Garde — Papen in Sorge

Die Reden und Auffassungen der führenden Nationalsozialisten gegen die Reaktion häufen sich. Göbbels und Röhm gaben das Signal, und im Lande beginnt nun die Jagd. Man fragt sich: gegen wen? Unmöglich kann man die paar Rassekränzer ernst nehmen, die unbedingt irgend einen Wilhelm wieder haben wollen, weil ihnen auf die Dauer der Befreite des Weltkrieges und ehrenwerte Antriebsgeschiffe für tiefe Verbeugungen und Hoffnische nicht genügt. Der plötzlich aufbrausende Sturm muß also andere Ziele haben, ernstere Gegner. Einer der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Westdeutschlands, Dr. Peter Winkelnkemper, Kurator der Kölner Universität und auch sonst einer der Eingeweihten, wird deutlicher als die anderen. Er schreibt in der nationalsozialistischen Presse:

Es ist ja nicht das erste Mal, daß wir mit dieser Reaktion zu tun hatten. Als im Jahre 1932 Brüning gekürzt wurde, kam diese Reaktion aus Aachen, proßte hochmütig mit ihrer Macht, glaubte uns die Ideen fehlen zu dürfen und die Früchte einheimeln zu können, für die wir ein Jahrzehnt gekämpft hatten. Aber wir fragten die alten Parteigenossen: Was hat uns in jenen schweren Augenblicken wieder Mut gegeben, was hat unser altes Kampferstum wieder aufs Neue ausloben lassen und die Front der Treuen fester und fester geschmiedet? Es war der herrliche Kampf mit Hitler: Gegen die Reaktion! Als diese Parole durch die Lande brauste, da waren sofort wieder alle Mann an Bord, da gab's keine Müdigkeit, das machte uns Spaß, das war ein lustiges Jagd, da haben wir mit echter deutscher Kampflust dreins und drausgeschlagen, bis diese „Operetteneinlage im Drama der deutschen Geschichte“, wie Göbbels die Herrschaft der Reaktion nannte, am 30. Januar ihr jähes Ende fand.

Wenn heute, nach unserem glanzvollen Siege, mitten im grandiosen Aufbauwerk die kümmerlichen Reste dieser in offener Feldschlacht besiegten Reaktion nach der Methode von Wühlmäusen an den Fundamenten unseres Baues zu nagen versuchen, dann werden wir sie auch wie Mäuse zu behandeln wissen.

Wer dirigierte im Jahre 1932 die „Operetteneinlage im Drama der deutschen Geschichte“? Herr Reichskanzler Franz von Papen. Wer „proßte hochmütig“ und stahl den Nazis die „Ideen“? Herr Reichskanzler Franz von Papen.

Hat Fränzchen seine Finger nun auch in den Plänen, die eine monarchische Restauration im Reiche wollen? Der Aufsatz Winkelnkemper's jedenfalls zeigt, daß die Nazis ihrem Vizekanzler trotz seiner eifrigen „Heil-Hitler“-Reden nicht über den Berg trauen. Sie wittern den notorisch wortbrüchigen Verräter. So ist denn keineswegs ausgeschlossen, daß wir unser Fränzchen demnächst als erlauchten der Emigranten im Saargebiet begraben können.

Einen roten Saarpfah hat er sich längst besorgt. Der kluge Mann baut vor.

Offensichtlich wird die „reaktionäre Gefahr“ sehr übertrieben, weil man ein neues noch nicht abgenutztes Mittel zur Aufmunterung der ermüdeten und zweifelnden Massen braucht. Man glaubt nicht mehr recht an den „glänzenden Aufstieg“ und an den „grandiosen Aufbau“. Es müssen Schuldige für die Hindernisse gesucht werden. Es ist ungefährlicher, die Monarchisten und schwarzweihroten Reaktionen vom Schloß des Grafen Papen anzugreifen, als die hochkapitalistischen Wirtschaftskräfte, denen die Führer des Nationalsozialismus verkauft und verschworen sind. So scheint man denn ein neues „Weiterreiben“ der Revolution versuchen zu wollen, und zwar an der schwächsten und ungehörigsten Stelle. Das ist wirklich eine „Operetteneinlage“. Das Drama wird folgen, wenn sich mehr und mehr zeigt, daß politische Chantoups die unerhörten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die von Tag zu Tag wachsen, nicht lösen können.

Fränzchen fühlt sich getroffen

„Arbeit unseres Kaisergeschlechts“

Zur Reichsgründungsfeier hielt Vizekanzler v. Papen in Koblenz vor den Bezirksorganisationen der

NZDAP. und des Stahlhelms eine Rede, in der er die Entwicklung vom Reich Bismarcks zum nationalsozialistischen Staat darstellte. Unter anderem erklärte er: „Mit einer bewundernswürdigen Einmütigkeit, fast ohne Gleichen in der Geschichte, hat sich die Nation, geführt von dem alten Reiches Roland, dem geliebten Feldmarschall, hinter Adolf Hitler gestellt. Alles hat sich der großen Idee der Volkwerdung gebeugt und in die Bewegung eingegliedert, so der Stahlhelm in die SA, so der Frontkämpfer in den Dienst der großen Erneuerung. Wenn man im Lande hin und wieder Unkenrufe von Reaktion und dergleichen hört, so darf man darauf sich nicht viel machen. Festhalten an Tradition und Geschichte, Würdigung der Arbeit unseres Kaisergeschlechtes sind nicht der schlechteste Dienst im Lande, das nur wieder groß wird, wenn es seine Vergangenheit ehrt.“

Papen schloß mit der Bitte um gut Wetter: „Und nun gilt es, Vertrauen mit Vertrauen auf allen Gebieten zu erwidern, damit das Ausland nicht, wie so oft, in den Zeiten unserer geschichtlichen Schwäche, aus der Uneinigkeit wieder Ruhen ziehen könnte.“

Außenpolitisch machte Papen sehr angriffsfreundliche Ausführungen, um sich ein nationalsozialistisches Bild gegenüber den Nazis zu schaffen.

Röhm droht

Er will keine Lämmer und Spießer

Auf der SA-Führer-Tagung in Friedrichroda donnerte Stabschef Röhm:

Vor der Gefahr des Stagnierens und des geistigen Verpießers bewahre die Nation der revolutionäre Schwung der SA, als der Garant der Revolution. „Wir sind kein bürgerlicher Klub, sondern eine Vereinigung entschlossener politischer Kämpfer. In der SA wird und muß diese revolutionäre Linie im Geiste der rückliegenden Zeit eingehalten werden. Ich will keine Lämmer führen, die den Spießern gefallen, sondern Revolutionäre, die ihr Vaterland vorwärts reißen.“ Das neue Deutschland müsse immer geistig jung bleiben und dürfe niemals ein bürokratischer Staat werden. Wenn Tränner und Reaktionen, politische Gummichen, das nicht begreifen sollten, so würden sie durch die SA darüber eindeutig belehrt werden.

Marxismus der Hauptfeind

Und dann die katholischen Priester

München, 21. Jan. (DAB.) Der Reichsführer der SA und Kommandeur der Politischen Polizei, Himmler, gewährte einem Vertreter des „Völkischen Beobachters“ eine Unterredung über die Aufgaben der Politischen Polizei. Nach wie vor richte sich die Haupttätigkeit der Politischen Polizei, so erklärte der Kommandeur Himmler, gegen die marxistischen Verbände, die auch unter der Decke den Nationalsozialismus weiter bekämpfen. Die Kommunisten hätten ohne Zweifel eine neue illegale Führerschaft aufgestellt, die sehr vorsichtig und sehr schlau arbeite. Viel schwieriger aber sei die Tätigkeit, die sich damit befaße, alle Verhältnisse gegen das Konkordat zurückzuweisen und diese, wenn notwendig, der gerichtlichen Verurteilung zuzuführen.

Bayerns Widerstand

Die gehemmte Reichsreform

Berlin, 22. Jan. Der bayerische Ministerpräsident Siebert hat in Berlin eingehende Verhandlungen über die Wahrung der bayerischen Rechte in den Plänen zur Reichsreform geführt. Er ist insbesondere gegen die Absicht, die bayerische Pfalz einem anderen deutschen Gau anzugliedern. Ebenso ist er gegen eine Trennung zwischen Altbayern und Franken. Ministerpräsident Siebert und mit ihm Reichsstatthalter von Epp wollen ein ungeteiltes bayerisches Verwaltungsgebiet. Diese bayerischen Widerstände sind die größte Sorge der Reichsreform. Man hofft dennoch, am Jahresende der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die großen Pläne zur Reichsreform veröffentlichen zu können.

„Nutznießer und Mitläufer“

Reaktionäre in der Nazi-Bewegung

An der Berliner Universität wurde eine Kampfwache „Jugend für deutschen Sozialismus“ veranstaltet. Bei der Eröffnungsfeier sprach der Führer der deutschen Studentenschaft an der Universität Berlin, von Sadeln, und der nationalsozialistische deutsche Studentenbund berichtete darüber:

von Habeln wandte sich gegen die in den Reihen des Nationalsozialismus mehr oder minder offene Reaktion. Die deutsche Jugend, der nationalsozialistische Student und Arbeiter werden nicht dulden, daß diese reaktionären Nutznießer und Mitläufer die deutsche nationalsozialistische Bewegung verwässern werden.

Aber, aber! Diese „reaktionären Mitläufer“ laufen ja, soweit sie prominent sind, gar nicht mit, sondern an der Spitze, ob sie nun Thyssen, Schmitt, Krupp von Bohlen-Halbach, von Strauß, Prinz August Wilhelm oder sonstige heißen. Sollte einem Teil der deutschen Jugend langsam ein Licht aufgehen? Dann mögen die regierenden Schieber gut aufpassen — das Licht kann eines Tages leicht zur Brandfackel werden!

Österreichisches Kaleidoskop

Wien, 20. Jänner.

F. B. — Die vaterländische Regierung hat Oesterreich zu einem Objekt der Außenpolitik gemacht. Vor einigen Tagen war der Vertrauensmann Sir John Simons, Mr. Granville, in Wien und hatte Unterredungen mit dem Bundeskanzler und dem Bürgermeister des roten Wien. Die Wiener durften von der Anwesenheit dieses Ausländers nichts erfahren. Keine österreichische Zeitung durfte so informiert sein wie das „Prager Tagblatt“, das in aller Ausführlichkeit zu berichten in der Lage war. In die Zeit des englischen Besuches fiel die Festnahme des Nazi-Frauenfeld und des Heimwehgrafen Alberti; wir berichteten unlängst von der Zerlegung der Heimwehren, nun ist sie offenkundig geworden. An der Konspiration Frauenfeld-Alberti, die zu gemeinsamen Richtlinien einer Nazi-Heimwehrpolitik führen sollte, nahm ein Legationsrat der deutschen Gesandtschaft, natürlich ein Prinz, teil. Alberti, der ein paar Stunden lang auf der Polizeidirektion festgehalten und dann freigelassen wurde, sandte am 17. Jänner allen Redaktionen eine Erklärung, daß er im vollen Einverständnis mit seinem Bundesführer Starhemberg gehandelt habe.

Von zuverlässiger Seite erfahren wir, daß auch im Nazilager eine Krise ausgebrochen ist. Mehrere Naziführer sind nämlich aufgefallen, daß regelmäßig dann, wenn man den (des literarischen Diebstahls überführten) Frauenfeld aus seinem sehr netten Gefängnis ausläßt, nazistische Parteigänger und Funktionäre verhaftet werden. Man vermutet in Nazikreisen, daß dieser Führer des „dritten Reiches“ einfach ein Spitzel und Propagandist sei, der je nach Bedarf aus seiner Haft entlassen wird. Nach der Vergangenheit des Mannes kann dieser Verdacht durchaus begründet sein.

Noch während Mr. Granville in Wien weilte, begann sich eine neue Erfindung der reichsdeutschen Nazi auszuwirken: die „Infiltration“. Man läßt nämlich einzelne SA-Männer und Mitglieder der österreichischen Legion über die Grenze. Natürlich in Zivil und mit genauen Befehlen. Es sollen so 1000 Mann bereits die Grenze überschritten haben. Bei einer Pressekonferenz, die der Gesandte Ludwig im Bundeskanzleramt abhielt, leugnete er die „Infiltration“ an sich nicht; er erklärte nur, daß die Zahl 1000 übertrieben sei.

So hat das Nazi-Umwesen einen starken Auftrieb erhalten. Zum Empfang des italienischen Unterstaatssekretärs Fulvio Suvich, während des Krieges Deserteur der alten österreichisch-ungarischen Armee, heute Gast der Kaiserjägeroffiziere, die die österreichische Republik regieren, arrangierten die Nazi überaus heftige anti-italienische Demonstrationen, die ihren besonderen Akzent durch „Hoch-Südtirol!“ Rufe erhielten. Vor dem Südbahnhof wurde eine Rebellbombe gemorfen, die das Aufziehen einer Hakenkreuzfahne ermöglichte. Die Demonstration bewies, daß die Wiener SA nicht zerstört worden ist; die Taktik der Regierung, gegen Nazi und Nazideutschland zu schreiben, Aufrufe zu erlassen und dergleichen, praktisch aber nichts gegen das braune Pack zu tun, zeitigt ihre Früchte; zweitens bewies die Demonstration, daß bereits die „Infiltration“ wirksam wird. Es wurde überaus exakt nach Methoden, die für Wien neu sind, einheitlich geleitet, demonstriert.

Die nichtfaschistischen Wiener freuten sich der Demonstration, die der braune Faschismus gegen den schwarzen aufspielte und lächelnden vergnügt bei den „Südtirol“-Rufen und Verfluchungen Mussolinis, der ja trotz dieser

kleinen Freundschaften aus Berlin der Genfer Vertreter Sitters bleiben wird.

Das Zwisch in Wien auszuhandeln soll und will, kann heute noch niemand sagen. Er wird — diese Version wird von „Eingeweihten“ vertreten — Oesterreich in ein näheres Verhältnis zu Ungarn bringen. Das heißt auf deutsch: aus dem Territorium Oesterreich soll ein Aufmarschgebiet gegen Jugoslawien und die Tschechoslowakei gemacht werden. Die ungarischen Levents-Organisationen, eine getarnte, gut gedriete Armee, sollen so an der österreichischen Grenze umpostiert worden sein, daß ein Vorstoß durch die Steiermark sehr schnell vor sich gehen kann.

Neben diesen politischen Dingen soll der Zwisch auch über wirtschaftliche Fragen diskutieren und diktieren. Er hat leicht, denn unter der Regierung der Vaterländischen ist Oesterreich eine italienische Kolonie geworden, deren Gouverneur der jeweilige italienische Gesandte ist.

Die Lage ist undurchsichtig wie seit März überhaupt; nur das eine hat der Fall Alberti klar gemacht: die Zerlegung und Fäulnis in Regierungslager schreitet offensichtlich fort; um so gefährlicher ist das Spiel, das die Regierung spielt. Daß sie aus ihrer Lage die einzig mögliche Konsequenz zieht, Bauern und Arbeiter zusammenzubringen, ist nicht anzunehmen. Weit eher darf man von ihr den verzweifeltsten Versuch einer Totalaufschiebung erwarten, der auf jeden Fall mit der Niederlage der Regierung enden wird. Die Frage wird sein: Arbeiter und Bauern — oder Rassistherrschaft mit allen außen- und innenpolitischen Konsequenzen. Die erste außenpolitische Konsequenz ist — das zeigt ein Blick auf die Karte — die Isolierung der Tschechoslowakei. Der erste Weltkrieg kam von Oesterreich. Und der zweite?...

150 Jahre „Fiesko“

Am 11. Januar 1784 wurde in Mannheim das Stück eines württembergischen Emigranten — „Die Verhöhnung des Fiesko zu Genua“, eine republikanische Tragödie von Friedrich v. Schiller — uraufgeführt. Es war ein Mißerfolg. Begründet ebenso in der „Westschwärze seines Publikums“, von der Schiller selbst in seiner Ankündigung der späteren Bühnenbearbeitung in der „Athenischen Thalía“ am Ende des Jahres 1784 spricht, wie in der verfehlten Anlage und Durchführung des Werkes selbst. Zwar das „in tyrannos“ der Räuber lebt noch im Schöpfer des „Fiesko“, aber die Historie, das Staatschauspiel mit allen Intrigenkünsten und den psychologisch oft so falsch gezeichneten Episoden verdirbt dem Republikaner, dem Fürstentum Feind Schiller das Konzept. Und was hier noch im historischen Vorwurf begründet ist, das führt über die Zweifelsstimme des „Carlos“ zur Revolutionserwartung des „reifen“ Schiller. Ein böses Omen, diese Fiesko-Premiere des Jahres 1784, dieser Theaterdurchfall des späteren „Klassikers“. — Und für und nach 150 Jahren ein ernstes Sinnbild der eigenen Lage: Die Fieskos, die Kronpräsidenten unserer Zeit, sind nicht zum Ziele gekommen. Aber auch die Verinuas des Weimarer Staates sind nicht mehr. Die Gianettinos, die Beiten, die Verbrenner, die „Verfäulnisse“, all jene dunklen Schatten aus der Bande des gemessenen Röhren, sie sind zu Macht und Ehren gelangt, sie haben das Volk vergewaltigt und Andreas, die alte schlafende Raul, mit kostbaren Geschenken gelügend gemacht.

„Ward alle Hoffnung verflungen? Muß erst Nacht kommen und das apokalyptische Tier durch unsere Behauptungen kriechen, ehe wir uns des Lichts erinnern? Waren alle Worte des Herzens umsonst? alle Töne der Freiheit?“ So traute Fritz von Unruh vor 5 Jahren bei der 150-Jahrfeier des gleichen Mannheimer Nationaltheaters, in dem noch heute Teile der Uraufführungsdarstellung des „Fiesko“ verwahrt werden. Die Zeit hat ihm geantwortet. Nacht ist über Deutschland, über seine Republikaner hereinabgebrochen. Eine neue „republikanische Tragödie“ hat sich vollendet. 150 Jahre nach dem Mißerfolg des Republikaners, der in seiner Heimat mit Gefangenschaft bedrohten Emigranten Schiller, sind alle deutschen Republikaner Gefangene oder Emigranten geworden. Aber wie der Mißerfolg den Dichter nicht verstimmen ließ, so wird die Niederlage den Willen und die Kampfbereitschaft nicht töten. Geist und Wort der Wahrheit werden ein neues Reich schaffen helfen: das Reich einer Freiheit, das „Fiesko“ nur ahnte, um es im entscheidenden Augenblick aufzugeben, zu verraten und — wie sein Dichter — später zu beschimpfen. Paul Walter.

Ermordet

Im Polizeigefängnis Hannover wurde das Mitglied der Bezirksleitung der KPD, Niederlahsen, Kurt Wilschmann, ermordet.

Entgötterung

Von Adele Zellmer

Daß der Vater der Mittelpunkt war, das Zentralgestirn der Familie, um das sich alles bewegte, das war seit ich und je so gewesen und niemand konnte es sich anders vorstellen. Sein Wille geschah in allen Dingen und die ganze Hausordnung war auf ihn abgestimmt. Selbst die heranwachsenden Töchter mußten sich nach mancher Bevormundung von ihm gefallen lassen, und alle Verträge, die dem zu entschieden waren, blieben selbsteingedenk. Als die Kellerei, die einundzwanzigjährige Stenographin, die sich schon sehr erwachsen vorkam, mehrere Male am Abend veripälet bekam und er sie deshalb böse zur Rede stellte, da hatte sie trotz der Kräfte in den Rücken geworfen und gelacht, wenn es dem Vater nicht recht ist, werde sie sich halt ein Zimmer mieten. Da war der Vater nur stumm auf sie zugetreten — das grobe, schlanke Mädchen hatte sich unwillkürlich gedreht. „Sag das nimmer wieder!“ hatte er zwischen den Zähnen hervorgekotzt. Nichts weiter. Und sie hatte diese Drohung auch nicht wiederholt und war von da an immer pünktlich zu Hause gewesen.

Einen gab es, der sich dem Willen des Vaters vorbehaltslos gefügt hätte, weil dieser Wille auch Kraft, Sicherheit und Bestimmtheit war: der zwölfjährige Junge. Aber auch er bekam es häufig zu spüren, daß der Vater ihm einen Strich durch seine Wünsche machte mit einem kurzen bespotzten Nein. Dieses herrischen Neins mußte er immer gewärtig sein.

Und dennoch liebte er den Vater. Sein selbstsüchtiges Wesen imponierte ihm und es war ja auch schwer, sich etwas aus seinem Bilde wegzudenken, alles schien bei ihm immer in tätiger Bewegung zu sein.

Der Vater war Monteur in einer Maschinenfabrik und verdiente hoch. Wenn der Knabe beim Frühauftreten mit dem Vater in der kleinen Küche zusammenlief, wie er sich für die Fabrik fertig machte, dann lag schon etwas Versteuertes, Abwechslungsreiches in seinen eilfertigen Bewegungen. Der Knabe hatte den Vater auch schon in der Fabrik gesehen, wo er so gut mit den häßlichen Wesen umzugehen verstand. Er wachte viel von Technik, man konnte ihn fragen, und er hatte eine liebenswürdige Art, darauf einzugehen. Von dort her, von dieser Welt der Arbeit, brachte der Vater wohl dieses Selbstsüchtige, Starke, Ueberlegene mit heim. Er konnte mit

England - Italien aktiv

Viermächtekonferenz? — Englische Versuche, die Abrüstungskonferenz wieder flott zu machen

Schrift Englands?

Die Meinung der „Times“

dnb. London, 22. Jan. In einem Vorkauf über die soeben zu Ende gegangene Tagung des Völkerbundes kommt die „Times“ auf die Abrüstungsfrage zu sprechen. Große Gebührensicherung, so sagt das Blatt, werde bei den jetzigen diplomatischen Erörterungen geübt. Die britische Regierung werde sich in den nächsten Tagen entscheiden müssen, ob sie positiv in die Besprechungen zwischen Deutschland und Frankreich eingreifen solle. Voraussetzung sei dabei, daß sie amtlich Kenntnis von dem Inhalt der französischen und deutschen Mitteilungen erlange. Ohne genaue Kenntnis dieser Schriftstücke könne sie weder die Aussichten auf einen Erfolg der Verhandlungen, noch die Frage beurteilen, ob und wie ein direktes Eingreifen Englands förderlich wäre. Es könne angenommen werden, daß weder die Pariser, noch die Berliner Regierung ihr letztes Wort gesprochen hätten. Die Erwähnung einer Bewährungsfrist, so sagt die „Times“ weiter, soll aus den französischen Vorschlägen verschwunden sein. Es sei ganz klar, daß eine allgemeine und sofortige Verminderung der Rüstungen auf den Stand Deutschlands gegenwärtig keine praktische Möglichkeit sei.

„Obere Grenze“

London, 22. Jan. Wie der diplomatische Korrespondent des „Observer“ meldet, wird England neue Vorschläge in der Abrüstungsfrage machen, die in einer Anregung zu sofortigen Verhandlungen über die Festlegung einer oberen Grenze für die Deeres-, Flotten- und Luftstreitkräfte für Deutschland, Frankreich und England bestehen soll. In den Kommentaren der führenden englischen Blätter zum deutsch-französischen Meinungsstand kommt eine ziemlich optimistische Auffassung zum Ausdruck.

Deutsch-französisches Problem

Die wichtigste Voraussetzung

dnb. London, 22. Jan. Unter der Überschrift „Neue Hoffnungen auf eine Rüstungsvereinbarung“ veröffentlicht „Daily Telegraph“ einen Kuffag seines diplomatischen Mitarbeiters. In dem Artikel heißt es u. a.: Der Abrüstungsaußenminister des Kabinetts wird sich am Montag mit zwei wichtigen Dokumenten befassen, mit der deutschen Antwort auf das britische Ersuchen um Aufklärung gewisser Punkte in den ursprünglichen Vorschlägen des deutschen Reichsaussenministers und mit der Antwort der deutschen Regierung auf die letzte französische Denkschrift. Die britische Regierung wird dann in Zusammenarbeit mit der italienischen Regierung den nächsten Schritt zu prüfen haben, der geeignet ist, die Beilegung der deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten zu fördern. Dies gilt als unentbehrliche Voraussetzung für die Wiederannahme der Abrüstungskonferenz. Am 13. Februar werden Henderson und seine Mitarbeiter in London über den Zeitpunkt des Zusammentritts des Büros beraten. Dringender aber ist die Frage, ob Aussicht auf eine deutsch-französische Rüstungsvereinbarung besteht. Amtliche Meinungen liegen britischerseits noch nicht vor. Die Meinungsverschiedenheit in der Frage der Stärke der künftigen deutschen Armee (300 000 oder 200 000 Mann) hält der Korrespondent für lösbar. Die wichtigste Streitfrage aber bleibe die deutsche Forderung nach sofortiger Gleichheit, die in dem Besitz aller defensiven Waffenarten in noch zu vereinbarenden Menge Ausdruck finden soll. Diese deutsche Forderung werde noch immer von Frankreich abgelehnt.

Kallen für Beschleunigung

Und für Viermächtezusammenkunft

dnb. London, 22. Jan. Zur Aufrüstungsfrage schreibt der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“, Großbritannien sei immer der Meinung gewesen, daß eine deutsch-französische Vereinbarung die notwendige Voraussetzung für eine Abrüstungskonferenz bilde. Der Korrespondent der „Morning Post“ in Rom weh zu melden, nach

so seinem Spott über Familien- und Hauskatholizismus hinweggeben und er hatte auch nicht das Nachträgliche wie Mutter und Schwester: nach einem Streit war immer er es, der die Hand zur Versöhnung bot. Ja, sein Wesen schien so fest gegründet, es war unmöglich, sich vorzustellen, daß es jemals anders werden konnte....

Und dann kam auf einmal dieses Neue, Unerwartete, Erschütternde. Als der Junge, eines Morgens von der Mutter geweckt wurde, da sah er zu seiner größten Verwunderung den Vater noch im Bett liegen. Er schlief zwar nicht mehr, er wachte sich hin und her und rauchte, aber er machte keine Miene, aufzuheben. Draußen traute der Knabe die Mutter leise, ob der Vater denn krank sei, und erhielt die Antwort: Nein, nicht krank, sondern arbeitslos.

Von da an hatte er nun zur Genüge Gelegenheit, den Vater zu Hause zu genießen, was er sich eigentlich immer heimlich gewünscht hatte.

Doch verstand er diese Sehnsucht bald nicht mehr. Der Vater schlief bis in den späten Nachmittag, dann schlurte er ungewandelt, unruhig in Hemdsärmeln umher. Seine Augen, die unter den buschigen Brauen sonst so scharf zu packen wie seine Hände, hatten nicht mehr jenen konzentrierten Ausdruck wie sonst, wenn sie sich schon auf ein Ziel richteten, sondern sie sahen müde, verdrossen, gelangweilt an.

Dann folgten ihm langsam die Etappen mit sonderbaren, unbegreiflichen Verwandlungen. Der Vater lämmelte stundenlang am Fenster und sah hinaus, er stopfte sich Zigaretten, er sah der Mutter beim Kochen zu, gab ihr Ratschläge und auckte in alle Töne. So verging sein Vormittag. Das Gerast in seiner Werkstatt war verschwunden und auch seine herrische Art, seinen Willen durchzusetzen, war feltamer und sanfter geworden. Und wenn jetzt die Mutter gegen die lieben Verwandten oder Nachbarn loszog, dann hatte es manchmal den Anschein als ob er nicht ohne Interesse zuhörte.

Dann kam einmal ein winziger Vorfall. Die Mutter hatte ein Gericht gekocht, das bisher niemals auf den Tisch gekommen war, mit Rücksicht auf den Vater, der es nicht wollte. Pflöglich war es da. Seine Wünsche hatten nicht mehr dasselbe Gewicht.

Und dann ein anderer Vorfall. Die Zwölfjährige, das sechzehnjährige Lehrlingmädchen Gretel, war lang nach dem Sperren heimgekommen und der Vater hatte mit ihr gewettert. Da

italienischer Auffassung sollte nicht zugelassen werden, daß die französischen Verhandlungen sich in die Länge ziehen. Es sollte vielmehr eine Zusammenkunft der vier Mächte abgehalten werden, um die europäische Lage von einem höheren Gesichtspunkt aus zu prüfen. Mussolini glaube, daß eine Rüstungspause und eine Regelung europäischer Streitigkeiten notwendig seien, um Europa in den Stand zu setzen, in Einigkeit den von außen her drohenden wirtschaftlichen und politischen Gefahren gegenüberzutreten. Die unmittelbare Gefahr für ein uneiniges Europa sei nach seiner Meinung „Japans Drang nach dem Osten“.

Auch der römische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, daß nach italienischer Ansicht der Augenblick gekommen sei, die bisher zwischen Deutschland und Frankreich geführten Verhandlungen auf Italien und Großbritannien auszuweiten und eine Rüstungspause zu vereinbaren.

Pessimistische französische Stimmen

Paris, 22. Jan. „Deutschland will Zeit gewinnen, um aufzurüsten“, das ist auch heute wieder das Wort, mit dem die französische Morgenpresse ihre Leser über das Abrüstungsproblem unterrichtet.

Man könne die deutsche Antwort, soweit man bisher über ihren Inhalt Bescheid wisse, als wenig zufriedenstellend bezeichnen, schreibt das „Echo de Paris“. Die Diktierregierung weise das Angebot Frankreichs zurück, sie wolle die Gleichheit ohne vorherige Probezeit. Nachdem das Blatt kein Bedauern über den Mangel an Sicherheit für Frankreich ausgedrückt hat, schreibt es: Ist es etwa angebracht, unter dem Vorwande die Aufrüstung Deutschlands zu begrenzen, daß Frankreich auf die Freiheit seiner Vorbereitungen verzichtet, die doch immerhin die militärische Auswirkung der ziffernmäßigen Unterlegenheit und der geringeren industriellen Produktion Frankreichs mildern würden?

Man könne keinen Grund zugunsten einer bejahenden Beantwortung dieser Frage finden.

Das „Deuxième“ verlangt, daß Frankreich die Mittelmänner zwischen sich und Deutschland auszuhalten soll. Entweder Frankreich könne das „dritte Reich“ daran verhindern, aufzurüsten, und es wieder in die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages pressen; dann möge Frankreich die Verhandlungen nicht weiter verlängern. Wenn Frankreich aber nach mehreren formellen Protesten doch gezwungen sei, ein Kompromiß anzunehmen, dann wäre es doch am besten, ein solches ohne Vermittler zu finden. Eine Entscheidung könnte Frankreich dann Sympathie und Achtung einbringen, während erzwungene Zugeständnisse nur die Verachtung des Gegners zur Folge hätten. Möge Frankreich entscheiden nein sagen, wenn es das könne. Müsse Frankreich aber ja sagen, dann möge es dieses Ja ohne Mittelmänner und ohne Umschweife sagen.

Die Zeitung „Ordre“ schreibt, das deutsch-französische Bündnis ist unwünschenswert, aber unmöglich. Möge der französische Außenminister die Völker um Frankreich sammeln, die mit ihm militärische Bündnisse unterzeichnet haben, aber ein deutsch-französisches Abrüstungsabkommen würde zum Schaden Frankreichs ausfallen. Gewiß könnten zwischen Frankreich und Deutschland fruchtbare wirtschaftliche und Handelsabmachungen abgeschlossen werden, aber die Politik gehe eben vor, wie es schon das Schicksal des deutsch-französischen Handelsvertrages bewies.

Das „Journal“ bespricht die Abrüstungsfrage unter Zugrundelegung der Rede des Vizekanzlers v. Papen in Rotterdam. Deutschland wolle unter Gewaltanwendung Europa nach seinem Belieben neu aufteilen. Wozu wiederhole man immer, daß man den Krieg nicht wolle, wenn man die Lehren und die Politik wieder zum Leben erwecke, die 1914 den Konflikt entsetzt hätten? Die Rede Papens sei eine Herausforderung, die in entsprechender Weise aufgenommen werden müßte. Sie sei ein amtliches, öffentliches Dokument, das unverzüglich zu den Abrüstungsfragen gegeben werden müsse, nicht, um dort in Versessenheit zu geraten, sondern damit man daraus sofort die praktischen Folgerungen ziehe. Nach der Zeit der Verhandlungen habe jetzt die Zeit der Entscheidungen geschlagen.

Auch die „Republique“ bezieht sich auf die Rede des Vizekanzlers v. Papen, die die wahre Antwort sei, die Deutschland auf die französischen Vorschläge erteile. Die deutsche Antwort sei ein Nein.

hatte sie schnippisch geantwortet: „Du kannst leicht reden, du kannst den ganzen Tag spazierengehen, aber ich muß mahlradeln von früh bis abends in dem dumpfen Loch. Nachher möchte ich auch ein bißl Luft schnappen und von meinem Leben was haben!“ Er hatte es brummend eingestekt.

Es wird gekurbelt

Der Strickstrumpf kehrt wieder

In Ludwigshafen a. Rh. wurde ein Teil der Erwerbslosen an einem der letzten Stempeltage besonders erkrant. Der Schallerbeamte zog die Stempelfarte ein und gab dafür dem Erwerbslosen einige Anäuel Wolle mit dem Bemerkung, daß innerhalb einer Woche ein Paar Strümpfe oder Socken anzuliefern seien. Dann erfolge die Rückgabe der Stempelfarte und auch wieder die Unterstützungszahlung. Die Strümpfe mußten noch genauen Maßes, die auf einem Zettel angegeben waren, gearbeitet werden. Die Wolle wurde nicht nur den weiblichen Erwerbslosen, sondern auch den männlichen mitgegeben, damit ihre Frauen die Strümpfe anfertigen. Es hat den Anschein, als ob hierbei besonders bekannte Sozialdemokraten ausgewählt worden seien. So mußte meine alte kranke Mutter innerhalb einer Woche ein Paar Damenstrümpfe stricken. Gleiches ist mir von anderen Freunden bekannt. Wenn die Strümpfe ausgegeben werden, treiben dann aber die Nazis die widerlichste Reklame, was der „Bund deutscher Mädchen“ alles für die Armen tue, dabei zwingt man einen Teil der Armen unter Drohung des Unterstützungsentzugs, die Strümpfe selber herzustellen.

Bei der unpolitischen und unpolitischen Feuerwehr geht es heute ganz anders zu wie früher. Die Übungen sind nichts anderes als militärischer Drill. In Speyer a. Rh. hatte die freiwillige Feuerwehr doppelt so viel Übungen als früher. Gestir wird Strammziehen, Hände an die Hosennaht, Paradeschritt und ähnliches. Wer die Übungen nicht erkrant ausführt, wird vor der verammelten Mannschaft und den Zuschauern angebrüllt, muß vor die Front treten und hat die Übungen nun allein so lange zu machen, bis sie dem Herrn Obmann gefallen. Die Weisern werden auf dem Feldplatz aufgeführt. Die Mannschaft tritt in einiger Entfernung an und das Kommando lautet dann „Laufschritt bis zum Gehäug“.

Genf für Saarfreiheit

Entscheidende Entscheidung

Der Rat

billigt die Schlussfolgerungen dieses Berichtes, versichert seinen Willen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihm bezüglich der Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung im Saargebiet im Jahre 1935 obliegen, und zwar der Art, daß die Freiheit, das Geheimnis und die Unbeeinflussbarkeit der Abstimmung gesichert ist;

fordert besonders sein Komitee auf, im Hinblick auf den Bericht, den es ihm unterbreiten soll:

- diejenigen Maßnahmen zu prüfen, die darauf abzielen, mit allen geeigneten Mitteln die Gesehmäßigkeit der Wahlhandlungen zu sichern;
- sich besonders das Studium derjenigen Mittel angelegen sein zu lassen, welche die Bevölkerung zu Schützen geeignet sind gegen jede Pression und die Ausführung jeglicher Drohung, die geeignet wären, die Unbeeinflussbarkeit der Abstimmung zu stören;
- diejenigen Anregungen zu prüfen, die ihm die Regierungskommission für die Aufrechterhaltung der Ordnung während der Wahlzeit vorschlagen könnte.

Der Rat beschließt, die durch die Beratung der Sachverständigen entstehenden Ausgaben bis zur Höhe von 20 000 Schweizerfranken unter Artikel 3a des Haushalts für 1934 „Unvorhergesehene Ausgaben unter Vorbehalt einer besonderen Bewilligung des Rates (politische Ausgaben)“ zu stellen.“

Die Bedeutung der Genfer Saarverhandlungen

Von Max Braun

Wenn der Rat die Forderungen der „Freiheitsfront“ des Saargebietes restlos hätte erfüllen wollen, so hätte er nicht anderes zu beschließen brauchen, als was in der Gesamtheit von Ratsbeschluss, Ratsdiskussion und Komiteewahl faktisch beschlossen worden ist.

Die Genfer Delegation der saarländischen „Freiheitsfront“ hat immer wieder und nichts anderes von allen Ratsmitgliedern gewünscht, als die rechtlose Durchführung der Versailler Vertragsbestimmungen. Wenn vor allem die hiesige deutsche und mit ihr die gleichgerichtete Presse an der Saar meldete, ich hätte eine fünf- oder zehnjährige Verschiebung der Abstimmung verlangt, so ist das ebenso „Propaganda“, wie eine angeblich von uns erhobene Forderung nach einer internationalen Polizeitruppe, und von mir bereits in meiner Genfer Meldung vom 18. sowohl wie in meinem Artikel über die Zeitungsdebatte vom gleichen Datum richtig gestellt.

Allerdings habe ich die hundertprozentige Durchführung der Vertragsbestimmungen gefordert. Das heißt, daß es nicht nur darauf ankommt, eine Abstimmung anzusetzen, sondern daß auch deren Bedingungen, wie sie der Vertrag vorsieht, absolut gewährleistet sein müssen: frei, unbeeinflusst und geheim!

Der Rat hat restlos diesen Standpunkt unterstrichen und in der Wechselbeziehung von Abstimmungstermin und Abstimmungsbedingungen die letzteren als eine *conditio sine qua non* anerkannt.

Die interpretierenden sehr wichtigen Ratsreden von Boncour und Benech haben das unter einmütiger Zustimmung des gesamten Rates, wie der Ratspräsident Bed zum Schluß feierlich, ausdrücklich als den Sinn der Entschliessung des Rates gekennzeichnet.

Auf einem anderen Blatte steht allerdings die Frage, ob der Rat diesen seinen entscheidenden und pflichtbewussten Willen gegenüber den skrupellosen Methoden des Nationalsozialismus restlos durchzuführen können. Deshalb richteten sowohl amerikanische, wie englische, wie skandinavische und schweizerische Journalisten an mich die Frage, ob es in einem solchen Falle nicht auch im deutschen Interesse besser sein würde, die Abstimmung um fünf oder zehn Jahre zu verschieben, als den Rat, der als letzte Instanz in Wirklichkeit freie Hand in der Endbestimmung hat, zu einer definitiven und endgültigen und voraussichtlich auf lange Zeit nicht reparablen Entscheidung zu nötigen, die an der Verfallung des Abstimmungsergebnisses durch den Naziterror unmöglich vorbei gehen könnte. Ich habe darauf erwidert, daß man zunächst die Ratsentscheidung vom Mai abwarten müsse. Sollte sie aber tatsächlich so aus, daß die Garantie einer unbeeinflussten Abstimmung durch das Komitee als unmöglich festgestellt werde, dann sei allerdings die fünf- bis zehnjährige Aufschiebung der Abstimmung nur eine der möglichen Konsequenzen.

Ich bin in meinem Referat vor der internationalen Völkerbundspresse den hiterdeutschen Tendenzgerüchten, die die eigene Meinung ausländischer Blätter als die meinige hingenommen besäßen, nochmals klar und scharf dadurch entgegengetreten, daß ich unsere Formel folgender-

maßen präzisierter: Wir wollen den Vertrag und nicht als den Vertrag, diesen aber ganz und unter peinlicher Beobachtung der Wechselbeziehung von Terminsetzung und Abstimmungsbedingungen!

Der Völkerbundrat hat zunächst so beschlossen, und wir sind wirklich nicht verantwortlich zu machen für die verhängenden Niederlagen, die sich die Hiterdeutsche Außenpolitik und die der von ihr diktierten sogenannten „deutschen Front“ dabei in Genf geholt haben. Die gemeinsamen Forderungen Hitlers und der sogenannten „deutschen Front“ auf Wegfall der Abstimmung, nach ihrer möglichst frühen Vorverlegung, nach Festsetzung des Datums, nach deutsch-französischen Verhandlungen unter Umgehung des Plebiszits, nach dem Ausscheiden des Präsidenten Knox und nach der Ignorierung des Terrors an der Saar sind restlos hinten herunter gefallen. Nach dieser Ratsitzung steht eindeutig fest, daß es weder deutsch-französische Verhandlungen über die Saar unter Umgehung des Plebiszits, noch eine Vorverlegung ihres Datums, noch das Haupt des Herrn Knox, noch eine Behandlung des Terrors als einer quantität négligeable, — statt dessen aber ein Datum erst nach Sicherung der Freiheit, Unbeeinflussbarkeit und Geheimhaltung und eine Kommission zur ausdrücklichen Untersuchung und Präsentation von Maßnahmen zur Gewährung dieser Bedingungen geben wird.

Wenn wir uns deshalb erlauben, von einem Sieg der gerechten Anschauungen der „Freiheitsfront“ und mehrfacher Niederlage der sogenannten „deutschen Front“ zu sprechen, so muß noch eine Feststellung hinzugefügt werden: nämlich die von der außerordentlichen Bedeutung der kommenden Sitzung des Rates, der die entscheidenden Beschlüsse vorbehalten sind.

Ueberfüllte Freiheitskundgebungen an der Saar

Aber wiederum flegelhafter Naziterror!

In Ensdorf und in Wörtschweiler an der Saar fanden gestern überfüllte Kundgebungen der „Freiheitsfront“ des Saargebietes statt, in denen Max Braun über die Genfer Saarverhandlungen referierte. In Ensdorf, einem Ort von 6000 Einwohnern, waren nicht weniger als 1500 Besucher erschienen, und in Wörtschweiler, einem kleinen Grenzortchen an der Pfälzer Grenze, wurden über 300 Besucher gezählt.

In beiden Versammlungen fanden die Beschlüsse des Rates und die Reden Boncour und Benech begeisterte Zustimmung — zugleich aber bewies die Ensdorfer Versammlung wieder einmal, wie notwendig die Ratsunterstützung über den Terror an der Saar ist: Die Nazis hatten in Ensdorf in der Nacht von Samstag auf Sonntag große Plakate angebracht, auf denen stand: „Der Landesverräter Max Braun und der separatistische Knappschädelstele Michel Schmidt sprechen heute in Ensdorf.“ Diese unverhüllte Aufforderung zum Terror wurde noch dadurch verstärkt, daß auf der Jugendstraße zum Versammlungsort etwa 50 SA-Männer postiert wurden, die die Versammlungsbesucher von der Teilnahme zurückhalten sollten und diejenigen, die sich nicht abhalten ließen, beschimpften, bedrohten und in anderer Weise insultierten. Vor dem Versammlungsort selbst aber rief einer von ihnen während des Referats von Max Braun: „Dem werden wir 1935 schon das Maul stopfen!“ In Genf aber behauptete Herr Köhling mit dreist-recher Stimme, es gäbe keinen Terror gegen Aderdenkende an der Saar!

Gewalt oder Recht?

Französische Stimmen zur Saarfrage

Herr Knox

„La République“

Herr Knox ist jener Engländer, der der Saarkommission vorsteht und der mit den Nazis hartz beschäftigt ist. Wenn der Präsident ein Franzose wäre, würden wir die ganze europäische Meinung gegen uns haben; glücklicherweise ist es ein Engländer.

Dieser Engländer also, der von deutscher Seite angegriffen wird — denn die Nazis beschwerten sich und das ist der Höhepunkt der Frechheit — hat diesen Klagen einen Bericht beigegeben, in dem er wörtlich schreibt:

„Die Terrorakte und die Denunziationen durch Mitglieder dieser Partei mehrten sich. Der verheerliche Boykott und die Verfolgung von Juden und politischen Gegnern der nationalsozialistischen Partei haben derartigen Umfang angenommen, daß die Regierungskommission fast täglich Klagen aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung erhält...“

auf seine Entwicklung gefaßt machen. Es wird sich aufdrängen, und sei es durch Schrecken — wie es sich auch schließlich in Oesterreich durchsetzen wird, wenn Oesterreich sich selbst überlassen bleibt.

So verläßt Berlin mit allen Mitteln die Vereinigung der drei getrennten deutschen Länder mit dem Reich. Sollte es ihm gelingen, dann wird die Bedrohung bis direkt in die Tschechoslowakei, Polen und Italien weiterdringen. Frankreich ist nicht am gefährdetsten, weit davon entfernt. Darum würde man in ganz Europa gut daran tun, seine Belästigungen und seinen Rat in Betracht zu ziehen, denn jenseits des Rheines trägt der Geisteszustand der Vorkriegsjahre mehr und mehr den Siegel davon. Pierre Dominique.

Nicht zaudern!

„L'Ordre“

Der Rat des Völkerbundes hat es verstanden, gehen eine kleine antihiterdeische Kundgebung zu machen: Herr Knox, das schwarze Schaf der Nazis, gegen den Berlin sogar offiziell protektiert hat, ist als Präsident der Saarkommission einstimmig wiedergewählt worden.

Diese Seite kann als glückliches Zeichen für die Regelung der Modalität der Abstimmung angesehen werden, die im Laufe der augenblicklichen Sitzung stattfinden muß. Aber werden die Mitglieder des Rates nicht vor den notwendigen Maßnahmen, die unerlässlich sind, um die Ordnungsmäßigkeit der Belragung sicherzustellen, zaudern?

Denn diese Maßnahmen müssen vollständig und energisch sein, in einer Art, die, mit einem Worte, sich mit dem Genfer Geist nicht verträgt.

In seiner Dienstaussprache vor dem Senat hat Paul Boncour dunkel erkennen lassen, vor welchen Notwendigkeiten man stehen würde und vor welchen Mängeln man sich schüzen müsse. Vor und während der Abstimmung wird man Einbürgerungsakten, dem Druck des Terrorismus begegnen und die Freiheit der Stimmen sichern müssen.

Nachher wird man das Nötige tun müssen, um den Teil der saarländischen Bevölkerung, der nicht für Deutschland gestimmt haben wird, gegen Racheakte und Wiedervergeltungen zu schützen.

Das verlangt eine klare Handlung und präzise freitwillige Vorbereitungen. Es verlangt eine starke Polizeimacht, die versäuflich und entschlossen ist, ihre Mission zu erfüllen. Die Anwesenheit dieser Polizei wird für eine verhältnismäßige lange Zeitdauer nach Inkrafttreten der Abstimmungsresultate verlängert werden müssen.

Wir wissen sehr, und es gibt darüber keinen Zweifel, daß ein großer Teil der Saarbewohner der Wiedervereinigung mit dem Hitler-Deutschland nicht günstig gesinnt ist. Dieser Bevölkerungsteil hat eine Delegation abgelehnt, die gestern in Genf angekommen ist, und die nichts weniger als eine Verlegung der Abstimmung verlangt.

Es ist unerlässlich, schon heute diejenigen, die diese Abordnung vertritt, zu unterstützen und in der Folge zu sichern.

Es scheint andererseits, daß die Berliner Regierung nicht gedacht hatte, der Völkerbund würde in ihrer Abwesenheit die Frage der Abstimmungsmodalitäten angehen. Was die deutsche Presse seit zwei Tagen schreibt, läßt ungewollt das Erkennen und die Unzufriedenheit durchblicken, die man jenseits des Rheines vor den Aussichten der Arbeiten über diesen Gegenstand empfindet. Man darf immerhin nicht vergessen, daß die deutsche Regierung, wenn sie es für passend hält, sich bei den Diskussionen als Mitglied des Völkerbundes vertreten zu lassen, sie es während der Dauer von zwei Jahren noch tun kann. Es scheint aber nicht, als ob sie die Absicht habe.

Aber wenn sie nicht an die Ufer des Genfer Sees kommt, um ihren Gesichtspunkt zu vertreten, so rechne sie damit, ein anderes Mittel anzuwenden, um es zum Sieg zu führen. Dieses Mittel kann nur eine direkte Tat sein und wenn das Reich zu Hause bleibt — alles läßt das voraussehen —, so tun wir gut daran, uns auf eine Verhärterung seiner Propaganda im Saargebiet vorzubereiten, auf seine Anstöße zu einer abnormalen Agitation, die die gewöhnliche Waffe der Nazis ist. E. de Sivel.

„Le Journal“

Was ist das wahre Saar-Problem? Die Saarländer zu überzeugen, daß die Unabhängigkeit der Stimmzettel vor der Gefahr von Wiedervergeltungsmaßnahmen geschützt ist. Der Schatten von Pirmasens schwebt über der Abstimmung. Die Saarländer wissen, wie die Deutschen, als Sieger, diejenigen, die nicht für das Reich gestimmt haben, bestrafen würden. Haben die Deutschen Freunde die geringste Veranlassung zu denken, daß das siegreiche Frankreich ebenso handeln würde? Nichts weniger als das würde dazu gehören, um das Herz der Jägernden in die Hosen fallen zu lassen. Aber Frankreich läßt keine andere Hypothese, als eine dem Völkerbund günstige Abstimmung zu. Als ob eine internationale Regierung dauern könnte, neben einem Heer von fünf- bis sechs Millionen Deutschen!

Um zu verstehen, was der Völkerbund vermag, braucht man nur den Bericht des Herrn Knox zu lesen. Der Präsident der Regierungskommission erkennt an, daß die Oesterreicher ungekräftigt die Autorität der Genfer Abordnung verhöhnen. Man mühte nicht nur die Freiheit der Stimme sichern, sondern auch die öffentliche Ordnung vor den Wahlen und besonders die Sicherheit hinterher. Geht das nicht über die Kräfte des Völkerbundes hinaus? De Saint-Brice.

„L'Es Nouvelle“

Die Reichsregierung ist also entschlossen, die Abstimmung zu vermeiden oder ihr Gewalt anzutun.

Franreich hat die Haltung der Vernunft, der Vokalität und des Rechtes angenommen, von der sie nichts abzuweichen kann. Das endgültige Statut des Saargebietes muß aus der Abstimmung hervorgehen. Die Bedingungen dieser Befragung müssen entsprechend dem Vertrag vom Völkerbund festgelegt werden, mit oder ohne Deutschland.

Aber die Rolle der Genfer Einrichtung wird sich nicht darauf beschränken. Sie hat die Pflicht, die Sicherheit, die Geheimhaltung und die Aufrichtigkeit der Stimmen zu sichern. Es ist vorauszuweisen, daß dieses nicht der leichteste Teil ihrer Aufgabe sein wird und sie wird viel Voraussicht, Vorsicht und Entschlossenheit nötig haben. Sie darf unter keinem Vorwand von den Uebereinkünften des Friedensvertrages abweichen, die das Statut des Saargebietes bis zum Tage der Abstimmung bestimmt, sonst kommt es zum Scheitern der Revision.

Gelegenheit des Völkerbundes

Das Paris, 22. Jan, Zwei Blätter, „Figaro“ und „Homme Libre“ gehen heute auf die Saarfrage ein. Im „Figaro“ wird erklärt, daß Deutschland und Frankreich im Saargebiet moralisch und materiell aufeinanderstehen. Das Rassen-dogma als Grundlinie des Alldeutstums genüge übrigens, um die hinterlistigen Erklärungen zu dementieren, wonach sich Deutschland für das Elfaß nicht mehr interessiere. Das Blatt hofft, daß der Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten die französische Regierung in der Behandlung der Saarfrage scharf mache.

„Homme Libre“ erklärt, in der Saarfrage hätte der Völkerbund eine unverhoffte schöne Gelegenheit, zu zeigen, was er könne. Die Feigheit des Völkerbundes werde Hitler nur Mut machen.

Dr. Richard Kern:

Revolution der Wirtschaft

1918 kehrt niemals wieder

Wie ein Alpdruck lastet auf vielen unserer kampfbegierigsten und opferwilligsten Freunde die Furcht, daß die Fehler und Unterlassungen, die 1918 von der deutschen Arbeiterbewegung begangen wurden, sich in der Zukunft noch einmal wiederholen könnten. Aus dieser sehr berechtigten Sorge erklärt sich das starke Bedürfnis nach radikaler Kritik und rückstandsloser Selbstverständigung. Die rasche und gründliche Herbeiführung der geistigen Neueinstellung ist eine wesentliche Voraussetzung nicht nur für die Führung des Kampfes, sondern auch für die Vermeidung von Fehlern bei der Ausübung und Behauptung der eroberten Macht. Sie ist aber zugleich das Zeugnis der wahrhaft grundlegenden Aenderung, die sich in der Arbeiterbewegung infolge der nationalsozialistischen Machtergreifung vollziehen muß.

Die Ereignisse von 1918 trafen eine Arbeiterschaft, deren radikal-sozialistische Ideologie durch vier Jahre Kriegsführung, die von ihrem größten Teil bejaht worden war, schwer erschüttert war. Die Arbeiterschaft war an die Mitarbeit mit der Staatsführung und den politischen Parteien gewöhnt. Durch den plötzlichen Zusammenbruch des Systems wurde sie vollkommen überrascht. Ganz anders müssen sich die psychologischen Voraussetzungen gestalten nach einem Siege im revolutionären Kampfe und der Niederringung einer Staatsmacht, die von den Massen als Todfeind angesehen wird. Die rückstandslose Ausnutzung des Sieges, der sofortige Ausbau der eroberten Stellung und ihre Sicherung gegen alle Gegenangriffe erscheint dann dem Massenbewußtsein selbst als oberstes Gebot.

Nicht minder wichtig ist die Tatsache, daß sich der sozialistische Befreiungskampf unter wesentlich geänderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen vollziehen wird. Die Wirtschaftserschütterung, die mit dem Weltkrieg beginnt und seitdem sich in kurzweiligen Phasen fortsetzt, deren Ablauf sich ebenso ökonomisch wie politisch bestimmt zeigt, hat auch für die rein sozialistischen Aufgaben der Neuorganisation in der Wirtschaft ganz andere Bedingungen geschaffen.

1918 erschien das kapitalistische System zwar durch die Verwüstung des Krieges wirtschaftlich in schwere Wirren gezwungen, der Nationalreichtum verwüftet, die Aufgabe des Wiederaufbaus gigantisch, aber der Kapitalismus als solcher war auch für das Massenbewußtsein noch wenig erschüttert. Nicht grundlegende sozialistische Neuordnung, sondern Sozialreform, Verbesserung der Lebenshaltung war das dringendste Verlangen. Nahrungsmittelzufuhr für das ausgehungerte Volk stand im Vordergrund. Sozialisierung der Banken, der Kohlenbergwerke erschienen als spätere Sorge.

Heute ist der Kapitalismus als System im Massenbewußtsein weit über die Kreise der Arbeiterklasse hinaus in einer Weise, die man sich 1918 noch gar nicht vorstellen konnte, erschüttert. Vieles Bewußtsein spiegelt den tatsächlichen objektiven Verlauf wider. Denn bei den Wirkungen der Krise darf man nicht nur an das Elend der Arbeitslosen, an die Angst der Beschäftigten um die Erhaltung des Arbeitsplatzes, an die Furcht der Bauern und Mittelständler vor der Pauperisierung denken. Die Wirtschaftskrise hat in ihrem Verlauf gerade die Positionen der bisher mächtigsten und einflussreichsten kapitalistischen Schichten unterhöhlt, sie mit der Deklassierung bedroht.

Dieser Prozeß vollzog sich und vollzieht sich in der ganzen kapitalistischen Welt. In Deutschland ist er am weitesten vorgeschritten. Der Großgrundbesitz bankrott, künstlich aufrechterhalten, durch wirtschaftlich ungerechtfertigte, nur politisch erklärbare, verlorene Zuschüsse des Staates, die das nationalsozialistische Regime immer noch vermehrt. Nicht nur die Einkünfte dieser Zuschüsse, sondern die sofortige entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes ist heute für das Massenbewußtsein eine selbstverständliche Forderung. Und diese Forderung der Auslösung des Großgrundbesitzes an Grund und Boden drängt sich um so mehr auf, als ohnedies die deutsche Landwirtschaft im Laufe der Krise zu einem immer mehr staatlich geleiteten Wirtschaftszweig geworden ist.

Die Grundlagen einer organisierten Landwirtschaft sind zu einem wesentlichen Teil geschaffen nicht nur in Deutschland, in dem größten Teil der Welt wird die Landwirtschaft weitgehend vom Staate dirigiert. Preise, Absatz, aber auch Produktionsumfang und Anbauart direkt oder indirekt geregelt. Gerade das Gebiet des bäuerlichen Eigentumsfanatismus und Individualismus wird in den dieser Sphäre angemessenen Formen gesellschaftlicher Einflußnahme unterworfen. Es ist keine Frage, daß eine stegreiche Revolution diesen gesellschaftlichen Einfluß steigern, die Loslösung der Landwirtschaft aus der kapitalistischen Marktwirtschaft vollenden, sie als wesentliche Grundlage der sozialistischen Bedarfsbedeutungswirtschaft organisieren wird.

Völlig erschüttert hat die Bankenkrise die Stellung des privaten Bankkapitals und wieder nicht nur in Deutschland. In Deutschland selbst wäre heute die vielberufene Sozialisierung der Banken kein Problem, denn der größte Teil des Kreditwesens ist ja verstaatlicht. Nur um die Vervollständigung des noch Fehlenden und um die Verwendung der ungeheuren Wirtschaftsmacht, die die Verfügung über das Kreditssystem bedeutet, zur Lenkung der Wirtschaft kann es sich noch handeln.

Das gleiche gilt für die Montanindustrie. Bis zur nationalsozialistischen Herrschaft hatte durch den Besitz von Gelsenkirchen und durch den Anteil an den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken das Reich schon die Verfügungsmacht über einen wesentlichen Teil der Schwerindustrie. Hitler hat den Reichsanteil zwar dem Thyssen wieder ausgeliefert. Aber wer zweifelt daran, daß eine der ersten wieder ganz selbstverständlichen Verfügungen der Revolutionsregierung die sofortige Expropriation des Thyssen und seiner Kumpans wäre, die Wiederherstellung des Reichseigentums und seiner notwendigen Vervollständigung.

Ganz entscheidend ist aber, daß mit diesem objektiven

Prozeß der wirtschaftlichen Erschütterung des Kapitalismus sich zugleich der psychologische seiner völligen Diskreditierung im Bewußtsein der Massen vollzogen hat. Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, einst stark und unzerbrechlich wie Drahttaue, sind heute dünne Zwirnsfäden geworden. In einem großen Teil der kapitalistischen Welt — wieder in größtem Umfange in Deutschland — hat der Staat radikal in die Gläubiger- und Schuldnerverhältnisse eingegriffen und hat die Gläubiger zum Teil entschädigungslos expropriert. Die Enteignung hört auf, etwas Ungewöhnliches zu sein, das kapitalistische Ausbeutungseigentum erscheint heute — man darf es ohne allzu große Uebertreibung sagen — dem Bewußtsein immer breiterer Massen als vogelfrei und der Staat zu den weitgehendsten Eingriffen berechtigt.

Ein ungeheuer bezeichnendes Beispiel. Präsident Roosevelt unterbreitet dem Kongreß ein merkwürdiges Gesetz, das kaum auf Widerspruch stoßen wird. Es ermächtigt den Präsidenten, das Gold des amerikanischen Notenbanksystems zugunsten

des Schahamts einzuziehen! Es handelt sich um die Kleinigkeit von 3,6 Milliarden Golddollar (fast 15 Milliarden Mark Gold), die bisher als Eigentum der Notenbanken galten. Ein Federstrich — sie sind Staatseigentum. Der Grund der Maßnahme — durch die Entwertung des Dollar ergibt sich in Papierdollar ein rein nomineller Budgetgewinn, den Roosevelt zur Verringerung des Defizits im Budget irgendwie heranziehen will — interessiert uns hier weniger als die Widerstandslosigkeit, mit der sich der Zugriff auf das kapitalistische Allerheiligste, auf den Goldbeiß vollzieht! Welche Demütigung des einst so stolzen kapitalistischen Selbstbewußtseins!

An dieser, notwendigerweise sehr summarischen Schilderung ergibt sich aber doch schon die Gewißheit: nicht nur die politisch-subjektive Einstellung der Massen, sondern auch die objektiven Grundlagen des kapitalistischen Systems haben sich seit 1914 grundfänglich geändert. 1918 kehrt nicht wieder, die Geschichte wiederholt sich nicht. Politisch und wirtschaftlich ist die Ära der Kompromisse vorüber, die Revolution prägt der Zeit den Stempel auf.

Rätsel um die „Winterhilfe“

Wo bleiben die „freiwillig“ erpreßten Millionen

Auf Verschwiegenheit hat das „dritte Reich“ bisher keinen Anspruch erhoben. Seine Propagandisten haben im Gegenteil stets erkennen lassen, daß sie die Verschwiegenheit für eine Eigenschaft der Tummeln und Unständigen halten. Um so auffälliger ist es, daß man plötzlich diese Eigenschaft bei den Nationalsozialisten entdeckt und vor allem, daß sie bei den Leistungen der Winterhilfe zutage tritt, einem Werk, das im wesentlichen Propagandazwecken dient.

Als gegen Weihnachten amtlich mitgeteilt wurde, daß bei der Winterhilfe Spenden im Gesamtbetrag von 125 Millionen eingegangen seien, bezifferte man die Einnahmen aus Bargeld auf nur 24 Millionen Mark. Angefallen ist auch, daß die Veröffentlichungen über Spenden an Bargeld sehr spärlich geworden sind, obwohl die allgemeinen Sammlungen auf den Straßen, in Häusern, Läden und Gaststätten, die Abzüge bei den Löhnen der Arbeiter und Angestellten, die Spenden der Unternehmer sowie die Sammlungen an den Eintopfgerichten regelmäßig weitergeführt worden sind.

Wie die „Soyade-Information“ mitteilt, haben die Bareinnahmen der Winterhilfe in Württemberg 2 Millionen Mark betragen. Die Hausammlung am ersten Eintopfsonntag 1934 brachte in Berlin (ohne die Einnahme aus den Gastwirtschaften) 355 118 Mark, in Frankfurt a. M. 60 500, in Meisfeld 13 000, in Münster 12 583. Im Durchschnitt er-

gaben also die Sammlungen mindestens 10 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung. Vegt man diese Durchschnittszahl zugrunde, so hat jeder Eintopfsonntag 65 Millionen Mark erbracht, die drei Sonntage zusammen fast 20 Millionen. Die Einnahme aus den Abzügen von Lohn und Gehalt ergeben selbst bei dem niedrigen Durchschnittssatz von 0,5 Prozent eine monatliche Einnahme von 10 Millionen Mark, in drei Monaten also 30 Millionen. Da angeblich die Unternehmer denselben Beitrag zur Winterhilfe leisten wie ihre Arbeiter, so kann mit einer Summe von 60 Millionen gerechnet werden. Die allgemeinen Sammlungen auf der Straße, in Läden und in Gaststätten können ebenfalls mit einer Million im Monat angenommen werden, also mit insgesamt drei Millionen.

Alles in allem müßte demnach die Winterhilfe über mehr als 80 Millionen Mark an barem Geld verfügen. Vorunterstützungen an Bedürftige werden nicht ausbezahlt. Wo sind diese großen Summen geblieben? Das ist die Frage, die im „dritten Reich“ flüsternd von Mund zu Mund geht und auf die Antworten erteilt werden, die nicht gerade sehr schmeichelhaft ausfallen. Die allgemeine Auffassung ist, daß sie, soweit sie nicht zur persönlichen Bereicherung einzelner Personen dienen, die leeren Kassen der SA und der NSDAP füllen.

Margarine vom Brot geraubt

Fettsteuer der Armen füllt die Reichskasse

Eine der ersten Taten der Hitlerregierung war der tiefe Einschnitt in die Fettwirtschaft. Um die Erzeugung Deutschlands an Fetten zu fördern und ihre Preise zu heben, wurde die Produktion an Margarine und die Einfuhr ausländischer Fette eingeschränkt. Außerdem wurde eine Fettsteuer eingeführt, die jedes Pfund Margarine mit 25 Pfg. belastet. Die Preise stiegen aber im Kleinhandel um weit mehr als 25 Pfg., die billigen Sorten kosten jetzt mehr als doppelt so viel wie früher. Diese brutale Verteuerung eines unentbehrlichen Nahrungsmittels, das nur von armen Leuten gekauft wird, wurde damit gerechtfertigt, daß die Erträge dieser Steuer zur Fettverbilligung für die minderbemittelte Bevölkerung verwendet werden sollen. Dieses Versprechen ist so wenig gehalten worden wie die meisten anderen. Aus den amtlichen Zahlen des „dritten Reichs“ läßt sich das einwandfrei nachweisen. Im Reichsstatistikjahr 1933-34 ist der Ertrag der Fettsteuer auf 150 Millionen Mark veranschlagt. Obwohl die Steuer erst seit Juni 1933 besteht, hat sie in den sechs Monaten von Juni bis November bereits 125 Millionen Mark erbracht. Ihr Ertrag für das ganze Rechnungsjahr wird also nicht 150, sondern etwa 210 Millionen betragen.

Umgekehrt haben sich aber die Ausgaben für die Verbilligung entwickelt. Bis November hat die Reichskasse nur 51 Millionen zur Verbilligung von Margarine für die minderbemittelte Bevölkerung ausgegeben. Am trübsüchtigen war das Verhältnis im November. Eingenommen wurden aus der Fettsteuer 24,5 Millionen, ausgegeben nur 6,8 Millionen, der Rest von fast 18 Millionen verfiel in der Reichskasse. Da die Reichskasse aus der Fettsteuer insgesamt 210 Millionen einnehmen wird, aber im Höchstfall 80 Millionen für die Verbilligung der Margarine ausgibt, so verbleibt ihr ein reiner Ueberschuß von 130 Millionen.

Nichts kennzeichnet die Politik des „dritten Reichs“ besser als dieser kleine Ausschnitt aus seiner Finanzpolitik. Nie hat ein Staat so wenig die Margarine, das Nahrungsmittel der Armen zu bezeugen, den Preis mehr als zu verdoppeln und den größten Teil dieser Preiserhöhung in die Taschen des Adels zu stecken.

Ernährung schlechter als 1932

Amtlich zugegeben

Ueber die Einzelhandelsumsätze im November 1932 berichtet das Institut für Konjunkturforschung u. a.: Die Dringlichkeit des Bekleidungsbedarfs wurde in weiten Kreisen so stark spürbar, daß zu Penalanisierungen gezwungen werden mußte. Dabei lagen im November lebendiger wie in vorangegangenen Monaten die Umsätze in diesen Waren besonders günstig. Sie überstiegen den Vorjahresstand um 8,3 Prozent. Die Förderung der Hauswirtschaft durch die Regierungsmassnahmen führte zu steigenden Umsätzen in Hausrat und Wohnbedarf. Der Umsatz nimmt um so mehr zu, als die Vorkündigungen früherer Jahre (vor allem bei der Bankenkrisis 1931) ständig an Bedeutung verlieren. Dabei überstiegen die Umsätze in Hausrat und Wohnbedarf im November die Vorjahreshöhe um rund 23 Prozent. Demgegenüber lagen die Umsätze in anderen Gruppen des Einzelhandels weniger günstig. In Nahrungsmitteln und Genussmitteln blieb der Umsatz im November noch um 2,4 Prozent hinter dem des Vorjahres zurück. So erklärt es sich, daß der Umsatz des Einzelhandels im ganzen im November 1933 noch um etwa 1,5 Prozent unter dem des Vorjahres lag.

„Aufschwung“

Nur 39 v. H. der Normalbeschäftigung

Das Inlandsgeschäft verlief laut Bericht des S. D. M. A. im Dezember 1933 nach Anfragen und Ausfragen weiter in aufsteigender Linie. Im Auslandsgeschäft war zwar eine kleine Zunahme der Aufträge zu verzeichnen, die Aufträge blieben dagegen noch hinter dem tiefen Novemberstand zurück. Der Beschäftigungsgrad im Dezember betrug aber trotz der aufhaltenden leichten Besserung des Inlandsgeschäftes erst 39 Prozent der Normalbeschäftigung, obwohl im Dezember noch eine für den letzten Jahresmonat ganz ungewöhnliche Zunahme der Beschäftigtenzahl um mehr als 4000 Köpfe zu verzeichnen war. Ein erheblicher Teil der Neueinstellungen im Dezember entfiel auf die Werkzeugmaschinenindustrie, die unter besonders schlechtem Auslandsgeschäft zu leiden hat, aber stetig zunehmende Inlandsaufträge aufweist. Weiter gediehertes Inlandsgeschäft wurde ferner von Firmen der Textilmaschinenindustrie, des Härtungsmittel- und Wagenaubens, der Druck- und Papierbearbeitungsmaschinenindustrie, der Textilreinigungs- und Ausbesserungsmaschinenindustrie, der Armaturenindustrie, des Apparatebaues und der Pumpen- und Kompressorindustrie gemeldet.

Halbverhungerte Schulkinder

Im schlesischen Grenzgebiet

Gleiwitz, 19. Jan. (Anprek.) Aus schulfamilien Feststellungen in Oberschlesien hebt hervor, daß 71,6 Prozent aller Volksschüler kein eigenes Bett haben und daß mindestens 50 Prozent der Schüler Schulnahrung erhalten müssen, da sie unterernährt sind. Die Hitler-Verordnungen geben zu, „nicht in der Lage zu sein, ausreichend zu helfen“.

Verkehrsrückgang in Berlin

Stillegung von Verkehrslinien

Berlin, 20. Jan. (Zusa.) Die Berliner Verkehrsgesellschaft teilt mit, daß die folgenden Straßenbahn- und Omnibuslinien völlig eingestellt werden, 17, 18 und 28 sowie 26. Die Linien 45, 74, 148, 76, 24, 19, 97, 16 und 80 werden verkürzt. Bei den Straßenlinien 54, 154, 58, 75, und 78 wird statt je 15 Minuten nur noch alle 20 Minuten ein Wagen verkehren. Es erübrigt sich zu verzeichnen, daß diese Verkehrsverschlechterung als „Dienst am Volke“ hingestellt wird.

Ein seltsames Geschäft

Der Deutsche Arbeiterverband des grossen Gewerbes hat die Leipziger Großdruckereien A. A. Strickfeld (Arno Fries und August Fries), Brüderstraße 29, erworben. Die Uebernahme dieses Betriebes erfolgte auf besonderen Wunsch der sächsischen Regierung, um den Betrieb zu erhalten.

Hans Otto

Diesen offenen Brief erhielten die Mitglieder und Arbeiter des Staatstheaters Berlin sowie zahlreiche Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Wir ersuchen die außerhalb Deutschlands Lebenden, zu dem Brief Stellung zu nehmen.

Herr Staatsrat Johst!

Hans Otto ist tot.

Sie kannten ihn. Er spielte unter Ihrer Leitung den Kaiser in Faust II. Sie kannten ihn, den edlen Prinzen von Homburg der ersten Bühne des Reiches, den sonnigen Max Piccolomini, den klar-geistigen Freiheitshelden Egmont. Sie kannten ihn.

Er wurde entlassen. Das bedeutete für ihn den Tod. Er wurde von Ihnen entlassen, Herr Johst!

Sie führten als damaliger Vertreter der Intendanz mit Hans Otto eine letzte Unterredung. Erinnern Sie sich? Zwei Geistige der beiden Weltanschauungen standen sich gegenüber. Und dieses Gespräch war Ihnen unangenehm. Sie fanden nicht den Mut, Hans Otto zu sagen, daß seine Entlassung eine politische ist. Sie sagten, er ist nicht der Typ des jugendlichen Helden.

Hans Otto lebte und starb wie ein wirklicher Held lebt, handelt und stirbt. Seines Egmonts letzte Worte:

„Fallt freudig, wie ich euch ein Beispiel gebe!“ erhielten durch seinen Tod tiefere Bedeutung. Der Tod vollendete die menschliche Größe, Sie, Hanns Johst, haben vom Helden nur einen Theaterbegriff. Hans Ottos Leben und Sterben triumphiert über Ihre Unwahrhaftigkeit.

Wissen Sie, was mit Hans Otto geschah? Haben Sie nachgeforscht? Es waren doch Ihre Kameraden, unter deren Händen dieses grauenhafte Verbrechen geschah. Göbbels ließ der Delegation der um ihren Kollegen besorgten Mitglieder der Staatsbühne erklären: „Selbstmord im Gefängnis.“ Selbstmord, nicht wahr? Des Mörders feige Zuflucht ist die Lüge. Mit Todesstreichen sollte Hans Otto der Verrat an seinen Freunden und auch deren Tod erpreßt werden. Neuntägige Folter erreichte es nicht. Wie wollen Sie Ihre Kameraden, die einen Menschen und Künstler wie Hans Otto bestialisch ermordeten, bezeichnen? Finden Sie nicht, daß es dafür nur einen Ausdruck, Ihren Ausdruck, gibt, den Sie auf uns anwenden:

Untermenschen?

In jener Unterredung zwischen Ihnen und Hans Otto sprachen Sie, ohne sich dessen bewußt zu sein, Hans Otto als Kommunisten die höchste Anerkennung aus: daß er, Hans Otto, sich bei der gesamten Kollegenschaft des Staatstheaters größter Beliebtheit erfreut. Und das, weil er sich eigenmächtig, tatkräftig und erfolgreich für die Interessen seiner Kollegen einsetzte.

Er wurde Obmann des Ortsverbandes Staatstheater der Bühnengenossenschaft. Seine Kollegen übertrugen dem fähigen Hans Otto ihr Vertrauen an Stelle seines Vorgängers, der ihn später dafür kommissarisch absetzte! Dieser Mann ist heute als Präsident der Bühnengenossenschaft im Ministerium. Hans Otto, der begeistert verehrte und geliebte Führer der gesamten Schauspielerschaft wurde ermordet.

Wissen Sie noch, Herr Staatsrat, wie Sie damals Hans Otto zu sagen wagten: Er sei so sympathisch, wenn er Ihnen gegenübersteht, und doch könnten Sie sich vorstellen, daß er als Kommunist mit Leuten zusammenkommt, die die Ermordung Hitlers planen.

Sie haben entrüftet von Mördern gesprochen. Sie suchen sie im falschen Lager. Wer wurde ermordet? Hitler? Göbbels? Oder ein Thyssen? Ermordet wurde Hans Otto, ermordet wurden und werden hunderte proletarischer Funktionäre, tausende wehrloser, ehrlicher Arbeiter, denen

Tacabel

Kuh, Hund und Esel

An der deutsch-holländischen Grenze stehen drei Tiere in tiefstem Gespräch. Eine Kuh, ein Hund, ein Esel. Ihr Thema ist das „dritte Reich“. Darum stehen sie vorsichtshalber auf holländischem Boden.

Hin und her gehen Gründe und Gegenstände.
„Ach was!“ — brummte da schließlich gutmütig die Kuh, ich werde es riskieren. Will mich mal ein bißchen selber überzeugen. Wenn ich in acht Tagen nicht zurückbin, gefällt es mir drüben. Dann könnt ihr nachkommen.“ Sie winkte noch einmal mit der Quaste und verschwand über die Grenze.

Hund und Esel warteten. Einen Tag, drei Tage, sieben Tage. Da, in letzter Minute kam die Kuh angekrochen: „Gott sei Dank, daß ich es noch geschafft habe! Kinder, ihr ahnt es nicht! Wie die Wilden sind sie auf mich losgestürzt. Fünfmal jeden Tag wurde ich gemolken. Gott sei gelobt, daß ich wenigstens ein braunes Fell hatte. Die andern kommen noch öfter dran.“

Der Esel lachte aus vollem Halse und der Hund kratzte sich hinter den Ohren: „Na, liebe Kuh, vielleicht ein bißchen übertrieben, he? Bißchen gegreult, was? Ich werde mich doch mal selber auf die Socken machen. Ihr könnt ja hier warten. Wenn ich bis übermorgen nicht zurück bin, so gefällt es mir gut dort, und ich komme nicht wieder.“

Damit haute er ab.
Abends war er zurück und hielt den Kopf verschämt zu Boden gesenkt. „Na,“ fragte die Kuh, „schon zurück?“

„Au wau weh!“ schrie der Hund, — „den ganzen Tag Maulkorb anhaben und Fußtritte kriegen. Nein, nein, das halte ich nicht aus. Und dann diese unzähligen Kläffer dadrüben, wo man geht und steht. Dagegen kommt so ein richtiger Christenhund nicht an!“

„Hihihiasch!“ schrie der Esel, — „Ihr Feiglinge! Ihr habt es nur nicht richtig angefangen da drüben. Jetzt gehe ich los. Wenn ich bis heute abend nicht zurück bin, so macht Euch keine Sorge um mich, dann bin ich nämlich Amtswalter.“

Fröhlich springend setzte er über die Grenze. Er kam nicht wieder.

der Sozialismus keine demagogische Abstraktion ist, sondern heiligster Ideen- und Lebenskampf.

„Die deutsche Revolution hat höchstens 50 Menschen das Leben gekostet, und das waren meist Halunken,“ so sprach Ihr Führer. Längst ist die Unwahrheit dieser grotesken Behauptung bewiesen. Sind Sie gleichfalls der Ansicht, daß diese Toten — auch Hans Otto — Halunken sind? Oder die Millionen Gegner des Plebiszits Verbrecher? Diese Neinsager, das sind die stillen, namenlosen Helden des gegenwärtigen Deutschland, die täglich Leben und Freiheit einsegnen.

Sie, Hanns Johst, haben „Ja“ gesagt. Sie sprachen zu Hans Otto von Hitler als dem einzigen Mann, der das deutsche Volk retten kann. Ahnen Sie denn nicht, wie abgrundtief der Haß ist, den Ihr Führer ins Volk trug? Sie glauben, daß er die Nation einigt — die Wirklichkeit ist, daß er den grauhaftesten Klassenkampf führt, den die deutsche Geschichte kennt. Hans Otto ist eines seiner vielen Opfer.

Sie hängen kritiklos — gläubig am Mund Ihres Führers. Warum achten Sie nicht mehr auf das, was unter seiner Diktatur in Deutschland geschieht?

Waren Sie schon in der SA.-Kaserne Voßstraße, in der Hans Otto zu Tode gemartert wurde? Waren Sie schon Augenzeuge eines der legalisierten Massenmorde an den Hinrichtungsstätten? Waren Sie im Konzentrationslager Dachau? Wissen Sie überhaupt, was dort vor sich geht? Hören Sie die Schmerzensschreie deutscher Menschen, die sich unter den Hieben der Stahlruten winden und das tierische Freudengeheul ihrer Peiniger?

Hören Sie denn das nicht, Sie Dichter der deutschen Seele?

Der Gedanke an den Mord an Hans Otto, als an einem der Besten, Hoffnungsvollsten der jungen Künstlergeneration, soll Sie, Hanns Johst, verfolgen. Sooft Sie Egmont sehen, sooft Sie die Worte Don Carlos' an der Leiche Posas hören, sooft Sie vom „heroischen Gefühl“ sprechen, sooft Sie die Vermessenheit haben, einen Klassiker des deutschen Humanismus zum Kronzeugen der Hitlerbarbarei umzufälschen.

Hans Otto wurde ermordet. Sie sind mitschuldig!

Sie sind Dichter und Funktionär dieses Menschenschlächterhauses Deutschland und glauben vielleicht, sich für eine große Sache einzusetzen. Ihre Aufgabe ist nur, schönklingende Wortgewebe zusammenzudichten, um damit die Unsittlichkeit des Privatkapitals und das vergossene Blut der besten Kämpfer dem nüchternen Auge der Umwelt zu verbergen.

Oft haben wir an Ihre bessere Erkenntnis appelliert. Jetzt tun wir es nicht mehr. Sie sind unser Feind, Herr Staatsrat!

Die Revolution, an der die betrogenen Massen Ihrer heutigen Anhänger hervorragenden Anteil nehmen werden, wird keine Zeit haben, ihre Feinde durch raffinierte Foltertechnik tage- und wochenlang zu quälen. Denn sie hat im Gegensatz zu Ihrer Scheinrevolution wahre revolutionäre Ziele zu verwirklichen:

Den Massen des deutschen Volkes materielle und geistige Lebensbedingungen zu schaffen für eine höhere Kultur, für eine gerechte soziale Ordnung, für eine Höherentwicklung der menschlichen Beziehungen. Erst dann werden die werktätigen Massen aus ihrem heutigen tierischen Dasein befreit werden für ein wirklich menschliches. Es ist der Sprung aus dem Reich der Barbarei in das Reich der Verwirklichung der sozialistischen Ziele, für die auch Hans Otto lebte, litt und starb.

Ein Genosse des Ermordeten.

Sie dürfen einen Vollbart tragen

Zur Rechtllosigkeit tritt der Hohn

Von der Freiheit, die dem deutschen Volksgenossen im totalen Staate Hitlers und Görings übriggeblieben ist, gibt ein Zirkular Kunde, das von der Direktion eines großen deutschen Industriebetriebes den Arbeitern und Angestellten dieser Firma zur Unterschrift vorgelegt wurde. Es heißt in ihm:

„Sie können zu uns in schwarzen oder braunen Schuhen kommen, glatt rasiert oder mit einem Vollbart. Von uns aus können Sie ganz nach Belieben Ihre Bekleidung mit einem Gurt halten oder Hosenträger benutzen, Mitglied eines Kegelklubs sein oder eines Gesangsvereines, zu Hause Briefmarken sammeln oder Tauben züchten, einen Onkel in Amerika haben oder eine gewesene Braut in Italien. Alles das interessiert uns nicht: das ist Ihre Privatsache, und wenn es Ihnen Spaß macht. Ihr Privatvergnügen. Anders liegt der Fall aber heute hinsichtlich Ihrer politischen Haltung. Bedenken Sie folgendes: Wir sind als Wirtschaftsbetrieb Einzelglied unserer gesamten Volkswirtschaft, wenn Sie wollen, eine Arbeitszelle. Die Wirtschaft aber ist eine der Säulen innerhalb des Staates. Und dabei kann es uns nicht gleichgültig sein, wie Sie zum Staate stehen. Sind Sie Gegner des Staates in irgendeiner Form, dann sind Sie naturgemäß auch Gegner unserer Unternehmung. Das ist unabwendbar. Wir kennen keine Parteien mehr, keine Klassenunterschiede, keine andern Interessen als die, in vereinter Leistung daran zu arbeiten, daß es uns allen besser geht. Das ist auch das unserer Staatsmänner. Und dieses Ziel wollen wir durch gute Arbeit erreichen. Das ist für uns alle in unserer Unternehmung das Wichtigste. Denn von unserer Arbeit leben wir alle zusammen. Sie wollen deshalb bis zum ... die Erklärung abgeben (schriftlich), daß Sie den nationalsozialistischen Staat bejahen und den deutschen Gruß sich bereits zu

Reiterlied

Pazifiziert von Schiller-Mynona

Wohl ah, Kameraden, vom Pferd vom Pferd,
Aus dem Feld in die Freiheit gezogen,
Im Frieden, da ist Uniform nichts mehr wert,
Da wird das Herz nur gewogen,
Da tritt keine Waffe mehr für dich ein,
Auf dir selber stehst du, — doch nicht allein!

Aus der Welt die Freiheit verschwunden ist,
Man sieht nur Feldherrn und -knechte,
Und Kadavergehorsam herrscht, Hinterlist
Bei dem feigen Nazigeschlechte,
Der dem Leben ins Antlitz schauen kann,
Der Friedliche nur ist der freie Mann.

Des Todes Aengste, er wirft sie weg,
Hat sie nicht mehr zu fürchten, zu sorgen,
Er reitet dem Leben entgegen keck,
Glücks heute nicht, glückt es doch morgen,
Und glückt es erst morgen, so laß uns schon heut
Vorschlürfen die Blume der köstlichen Zeit!

Aus der Erde quillt ihm sein lustig Los,
Brauchs nur mit Fleiß zu erstreben,
Der Papen, der suchts in des Himmels Schoß,
Da wähet er, den Schatz zu erheben,
Auf dem Feld frei erschlagen, so lang er lebt,
Er himmelt, bis er im Sterbebett bebt.

Der Diktator und sein geschwindes Roß,
Sie sind verächtliche Gäste,
Es schimmern die Lampen im Lebensschloß,
Nur der Friedliche kommt zum Feste,
Der wirft nicht lange, er zeigt sich hold,
Und zart erringt er der Minne Sold.

Warum juchzt die Dirn und zerschneht sich schier?
Sie kann die Zeit kaum erwarten,
Der Liebste entrann dem Göringstier,
Sie harret seiner im Garten,
Das milde Schicksal bracht ihn zurück,
Verwandelt das Greuelunheil in Glück.

Auf des Friedens Waage die Welt jetzt liegt,
Verflucht, wer den Degen noch führt!
So bleibt nur friedlich zusammengefügt,
Ihr zwingt das Glück und regieret,
Es sitzt kein Diktator so hoch, so fest,
Der friedliche Springer gibt ihm den Rest.

Drum frisch, Menschenkinder, den Rappen entzäumt,
Die Brust vom Hitler entlüftet!
Die Jugend brauset, das Leben schäumt,
Frisch auf, eh der Geist noch verdüftet!
Und sehet ihr nicht den Frieden ein,
Nie wird euch das Leben gewonnen sein.

„Willst du erfahren...“

Ein neuer Knigge. Unter dem Titel: „Willst Du erfahren, was sich ziemt? Lustiges und lehrreiches Handbuch für die Jugend im „dritten Reich“ hat ein Carl Schütte einen Knigge herausgegeben. Der Waschzettel sagt: „Das Büchlein soll der heranwachsenden Jugend die Grundforderungen der Gesittung vermitteln. Der Verfasser hat streng darauf geachtet, daß keine verspießerten und veralteten Lebensformen in neuer Aufmachung dargestellt werden. Vom Gedankenkreis des NS. ausgehend, betrachtete er je die Frage des täglichen Lebens und gibt Regel und Richtung für das Verhalten der Jugend. In humorvoller und unterhaltender Weise versteht es der Verfasser, Fragen des guten Benehmens an Jungen und Mädchen heranzubringen, so daß sie es, wenn sie es erst aufgeschlagen haben, nicht wieder aus der Hand legen ... Es wird zu dem erstaunlich billigen Preis von 65 Pfennige ordinär verkauft ...“

eigengemacht haben oder machen werden. Heil Hitler! (Zitiert in der „Neuen Weltbühne“.)

Wenn es diese nationalsozialistischen Unternehmer geradezu darauf angelegt hätten, zum Haß gegen den neuen Staat aufzureizen, sie hätten es nicht besser machen können, als in diesem Dokument, das die Freiheiten, die der deutsche Arbeiter heute besitzt, aufzählt: die Freiheit, schwarze oder braune Schuhe zu tragen, das Recht, den Bart stehen zu lassen oder ihn zu rasieren, die Erlaubnis, Hosenträger oder Hosenträger zu benutzen, die Berechtigung, Briefmarken zu sammeln oder Tauben zu züchten. An dieser Liste der Rechte, die ihnen geblieben sind, dürften die deutschen Arbeiter erkennen — was zurückzuholen ist.

Nur ein einziges Fach...

Ausgeschieden aus ihrer Lehrtätigkeit an deutschen Hochschulen sind nach einer Mitteilung der „Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft“ folgende Professoren: Dr. Bernstein (Göttingen, jetzt in Nordamerika), Prof. Dr. Breuer (Karlsruhe und Frankfurt am Main), Prof. Dr. Koberger (Mannheim), Prof. Dr. Lorey (Leipzig), Prof. Dr. Loewy (Freiburg), Privatdozentin Dr. Pollaczek (Berlin, jetzt Brüssel), Prof. Dr. v. Mieses (Berlin, jetzt Istanbul), Prof. Dr. Nußbaum (Berlin), Prof. Dr. Manes (Berlin).

Kriek geht nach Heidelberg

Der Rektor der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, der bekannte nationalsozialistische Vorkämpfer Prof. Dr. Kriek, hat einen Ruf nach Heidelberg auf den Lehrstuhl für Philosophie und Pädagogik zum 1. April 1934 erhalten, der durch die Entpflichtung des Geh. Hofrats Prof. Dr. Rickert frei geworden ist.

Kampf gegen die Kirchen

Die Tatsachen sprechen

1. Verbote für katholische Jugendorganisationen!

Anordnungen der Staatspolizeistelle Aachen: Mit Rücksicht auf verschiedene Zusammenstöße zwischen den konfessionellen Jugendorganisationen einerseits (diese Organisationen sind ausschließlich auf die religiöse Erziehung und Erziehung ihrer Mitglieder beschränkt) und der Hitlerjugend andererseits wird für den Bezirk der Staatspolizeistelle Aachen (Regierungsbezirk Aachen) im Interesse der öffentlichen Ordnung den Angehörigen der konfessionellen Jugendverbände, insbesondere dem Jungmännerverband, der Jungfrau, der Sturmwehr, den St.-Georg-Pfadfindern, der Werkjugend und dem Verbande Neudeutschland, bis auf weiteres untersagt: Das Tragen von Bundesstrachen oder von Kleidungsstücken, die sie als Angehörige der konfessionellen Jugendorganisationen in der Öffentlichkeit kennlich machen; jedes geschlossene Auftreten in der Öffentlichkeit; jede öffentliche Kundgebung in Schrift oder Wort; das Mitführen von Wimpeln oder Fahnen; jede ipsoiische oder volkspolitische Veranstaltung.

Der Gagenex Polizeipräsident hat sämtlichen Jugendorganisationen beider Konfessionen bis auf weiteres öffentliche Aufmärsche, Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen in Bundesstracht, das Tragen von Uniformen, sowie das Mitführen von Wimpeln und Fahnen untersagt.

2. Gegen Faulhaber!

Das Blatt der „Deutschen Glaubensbewegung“, der „Reichswart“, richtet in seiner Nummer vom 14. Januar unter der Überschrift „Kardinal probiert einmal“ einen Angriff auf Kardinal Faulhaber wegen dessen Silberpredigt. Kardinal Faulhaber erklärte darin: „Das deutsche Volk wird entweder christlich sein oder es wird nicht sein; ein Abfall vom Christentum, ein Rückfall in das Heidentum wäre der Anfang vom Ende des deutschen Volkes.“ Der „Reichswart“ stellt nun die Behauptung auf, es handele sich hier um einen skandalösen Heberariff in die Angelegenheiten des Staates, eine Verletzung des Konkordats, eine politische, volkserziehende Propaganda, die letzten Endes parteipolitischer Art sei.

3. Faulhabers Interdikt über Traunstein

Wie der Wiener „Reichspost“ in einem Eigenbericht mitgeteilt wird ist am 6. Januar der Pfarrer von Traunstein in Bayern, Weiskämper hat Strafe verhängt worden. Er wurde von Gemeindeangehörigen denunziatorisch beschuldigt, in einer Predigt eine Keuschung gegen den nationalsozialistischen Staat geübt zu haben, obwohl einwandfreie Zeugen bezeugen, daß solche Keuschungen nie gefallen sind. Nun hat Kardinal Faulhaber über Traunstein das Interdikt verhängt. Bis zur Freilassung des Pfarrers ist in Traunstein jeder feierliche Gottesdienst, das Glockengeläute, Orgelspiel usw. in der Kirche verboten. Die Verfügung des Münchener Oberbischofs wird der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt.

4. Konflikt um die Presse

Im kirchlichen Amtsblatt der Diözese Paderborn wurde eine Verfügung erlassen, wonach die kirchlichen Anzeigen nur solchen Zeitungen zur Verfügung gestellt werden dürfen, die „weder in ihrem redaktionellen noch in ihrem Inhalt etwas veröfentlichendes, was der katholischen Glaubens- und Sittenlehre widerspricht oder

was als unfreundliche Haltung gegenüber der katholischen Kirche anzusehen ist.“

Daraufhin hat der Vorsitzende des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse dem Generalvikariate von Paderborn ein Schreiben übermittelt, in dem es heißt:

Der Staat ist allein derjenige, welchem eine Maßregelung eines deutschen Schriftleiters wegen Nichterfüllung seiner im Schriftleitergesetz festgelegten Pflichten zusteht. Infolgedessen halte ich es für unmöglich, daß eine andere Stelle als der Staat sich darüber zum Richter machen kann, ob eine Zeitung bzw. ein Schriftleiter etwas veröffentlicht, was der Glaubens- und Sittenlehre einer der vom Staat anerkannten Kirchen widerspricht oder was als unfreundliche Haltung gegenüber einer dieser Kirchen anzusehen wäre. Ein Erzbischöfliches Generalvikariat ist nach Erlaß des Schriftleitergesetzes zweifelsohne nur noch in der Lage, beim Staat den Antrag auf Bestrafung eines Schriftleiters zu stellen, der sich in dem oben erörterten Sinne verhalten hat.

Auf Grund dieser Ausführungen erücht der Vorsitzende der Rheinisch-Westfälischen Presse, daß die katholischen Pfarrämter ohne weiteres ihre Gottesdienstordnung allen Zeitungen zur Verfügung stellen, die einen auf der Berufsstufe der Schriftleiter eingetragenen Hauptschriftleiter haben.

5. Hitler empfängt Reichsbischof nicht

Der Reichsbischof hat im Reichskanzlerpalais vorgesprochen, ist jedoch von Hitler nicht empfangen worden. Müller hat im Reichskanzlerpalais während einer Stunde und 10 Minuten gewartet, ist jedoch zu Hitler nicht vorgelassen worden.

Andererseits fordern die „Deutschen Christen“ in einer Reihe von Telegrammen den Reichsbischof auf, den Pfarrverband zu verbieten. Man erwartet die Absendung einer Reihe weiterer Pfarrer der Opposition.

6. Weltanschauliche Schulung — nur durch Partei

Der Reichsunterrichtsleiter der NSDAP, und der Deutschen Arbeitsfront Goebbels hat eine amtliche Bekanntmachung über die weltanschauliche Schulung erlassen. Darin wird festgelegt, daß auf Grund einer Verfügung des stellvertretenden Führers die weltanschauliche Schulung nur Sache der politischen Parteiorganisation (PD) sei. Dabei sei es sämtlichen Verbänden verboten, weltanschauliche Schulung von sich aus zu treiben. Die Einrichtung von Lehrgängen jeglicher Art dürfe nur vom Gauleitungsleiter der PD, vorgenommen werden.

Handelsredakteur

von unabhängiger Zeitschrift im Saargebiet gesucht. Verlangt wird wissenschaftliche Bildung, größere praktische Erfahrung und völlige Selbstständigkeit. Lebhafter und anschaulicher Stil ist Voraussetzung.

Angebot unter „K. 1250“ an die Geschäftsstelle der „Deutschen Freiheit“, Saarbrücken

Rechtsanwalt wird gefoltert

Auswärtiges Amt zum Fall Litten

(Anrech.) In einem für den internen Gebrauch bestimmten Zirkular des Auswärtigen Amtes wird zu dem Fall des eingekerkerten und mißhandelten Rechtsanwaltes Dr. Hans Litten Stellung genommen. Zunächst ist festgestellt, daß „das Wohlergehen Littens immer wieder die Auslandspresse beschäftigt“; dann fährt die Information fort:

„Rechtsanwalt Hans Litten ist nach dem Reichstagsbrand in Schutzhaft genommen worden und befand sich im Strafgefängnis Spandau. Seine Inhaftnahme war nicht nur wegen seiner jahrelangen kommunistischen Tätigkeit eine Notwendigkeit, sondern auch deswegen, weil der berechtigte Verdacht bestand, und auch heute noch besteht, daß Litten seine Finger beim Reichstagsbrand mit im Spiel gehabt hat. Im Strafgefängnis Spandau hat Litten einen Selbstmordversuch unternommen, worauf er sofort durch die Spandauer Feuerwehr in das Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin überführt wurde. Schon am folgenden Tage wurde der Mutter des Littens die Erlaubnis bewilligt, ihren Sohn zu besuchen. ... Nach Beendigung des Besuches, der etwa eine halbe Stunde gedauert hatte, traf Frau Litten den ihren Sohn behandelnden Arzt, dem sie erriet zurief: „Es wäre besser für meinen Sohn, wenn er gestorben wäre.“ Worauf der Arzt Frau Litten erwiderte: „Es ist meine Pflicht, all meine Kräfte daran zu setzen, Ihren Sohn wieder herzustellen. Warum sollte es besser sein, wenn er nicht mehr am Leben wäre? Er braucht doch nur keine Aussage zu machen; es wird niemand von ihm etwa Unmensliches verlangen.“

„Dr. Hans Litten ist von seinem Selbstmordversuch völlig wieder hergestellt, befindet sich in Schutzhaft, ohne daß ihm irgend etwas geschieht.“ meint das Auswärtige Amt, nachdem Litten so schwer mißhandelt worden war, daß er durch einen Selbstmordversuch sich den unerträglichen Folterungen zu entziehen suchte. Aber dann stellt selbst das Amt fest: „Es liegt an ihm, sich durch Aussagen der Wahrheit von dem gegen ihn erhobenen Verdacht zu reinigen.“

Wozu nur noch zu ergänzen bleibt, daß die Aussagen, die von Litten verlangt werden, sich nicht auf seine Teilnahme an der Reichstagsbrandstiftung beziehen — die leicht widerlegt werden kann —, sondern auf Einzelheiten aus Prozessen, die Litten früher geführt hat.

Schweizer SA. in Berlin

Eidgenössische Blauhemden

Unter der Überschrift „Spiel mit dem Bundesverrat“ wendet sich die neue „Zürcher Zeitung“ (Nr. 112) gegen die Gründung einer schweizerischen SA im Sinne der nationalsozialistischen Eidgenossen zu Berlin. Die neue SA trägt blaues Hemd mit goldenen Abzeichen und glänzenden Metallknöpfen. Der Führer Maeg teilte mit, daß er vor 14 Tagen von Zürich aus über die deutsche Grenze flüchten mußte, um nicht für einige Jahre in eine Veröfentlichungshaft gefesselt zu werden. Bei den Bemerkungen, die den Nationalsozialistischen Eidgenossen im eigenen Lande auferlegt werden, sei es um so mehr geboten, nach Deutschland zu gehen und dort die Bewegung aufzuwecken, um einen

Stützpunkt für die Rückwirkung nach der Schweiz zu gewinnen.

Ueber die nächsten Ziele teilt der Gauleiter Morganti mit, daß die Schweizerkolonien in Dänemark, Dänzig, den Hansestädten, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Oldenburg und Hannover von Berlin aus bearbeitet werden. In Hamburg und einigen anderen Gebieten sind die Vorbereitungen bereits getroffen. In Berlin sind den Besuchern des Teil-Films am Ringausgang Werbechriften in die Hand gedrückt worden.

Dimitroff erkrankt!

Leipzig, 21. Jan. In Gerüchten über eine ernste Erkrankung Dimitroffs wird von gerichtsarztlicher Seite auf Anfragen über den Gesundheitszustand des Gastlings hin die beschwichtigende Auskunft erteilt, daß es sich bloß um einen Bronchialkatarrh handelt, der auf übermäßigen Zigarettenkonsum zurückzuführen sei. Von einer Ausweisung der drei vom Reichsgericht freigesprochenen Bulgaren aus Deutschland ist gegenwärtig nicht mehr die Rede.

Torgler in Oranienburg?

Kopenhagen, 21. Jan. „Politiken“ meldet, in Berlin verlautet, daß Torgler bereits ins Konzentrationslager Oranienburg überführt worden sei.

Sie schänden die Gräber der Gemordeten

Breslau, 21. Jan. In Breslau sind die Gräber des im vorigen Jahre im Konzentrationslager vom Renemörder und jetzigen Polizeipräsidenten Heines zur Strecke gebrachten Rechtsanwaltes Dr. Eckstein — des Breslauer Führers der Sozialistischen Arbeiterpartei — und seiner vor einigen Jahren verstorbenen Frau, der sozialdemokratischen Stadtverordneten Clara Hill-Eckstein, in geradezu vandalischer Weise von Nationalsozialisten verwüetet worden.

Köpfe rollen

Die Hitlerkonjunktur der Scharfrichter

Die Todesurteile jagen sich im „dritten Reich“. Durchschnittlich alle fünf Tage wird ein Arbeiter hingerichtet. Das bei sind nicht gerechnet die von der SA. in eigener Regie abgeknallt und „auf der Nacht“ erschossen wurden. Wie der „Neue Vorwärts“ mitteilt, sind bis jetzt 67 politische Todesurteile von den Gerichten angesprochen worden, 26 davon sind bereits vollstreckt. 41 Menschen warten täglich auf die Hinrichtung. Zusammen mit den 47 krimonellen Todesurteilen überantworteten die Gerichte 104 Menschen dem Scharfrichter. Bei 58 entledigte er sich bereits seiner Arbeit, also einschließlich der Krimitellen. Diese grauenvolle Liste wird sich vermutlich in aller nächster Zeit weiter erheblich vergrößern. Jeden Tag werden neue Prozesse angebrocht. Ihr Zweck ist, wie z. B. bei der Wiederankunft des Horst-Wessel-Prozesses, durch Todesurteile die SA-Anhänger von ihrer sonstigen Unzufriedenheit wegen des Versagens des „dritten Reichs“ abzubringen.

Das Neueste

Ministerpräsident Chautemps hatte am Sonntag mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten Besprechungen über die Stavisky-Affäre. Chautemps soll die Absicht haben, Maßnahmen gegen eine Anzahl von Beamten vorzuschlagen, die in dieser Angelegenheit bloßgestellt worden sind.

Der Abgeordnete Herriot dementiert nach einer Havasmeldung das Gerücht, daß er für sich oder für seine Partei jemals von Stavisky auch nur einen Centime erhalten habe oder daß er je mit Stavisky zusammengetroffen sei.

Am Sonntag fanden drei parlamentarische Nachwahlen statt. Im Departement Mayenne wurde der Kandidat der Republikanischen Vereinigung Le Pelletier mit 433 Stimmen gegen 169 Stimmen, die auf den linksstehenden Kandidaten entfielen, zum Senator gewählt. In Cambrai wurde im zweiten Wahlgange der Sozialist Brodel mit knapper Mehrheit vor dem rechtsstehenden Kandidaten zum Abgeordneten gewählt. In Nantua fand die Wahl zur Kammer für Paul Painlevé statt. Gewählt wurde der Kandidat der Republikanisch-Demokratischen Vereinigung Raymond Knapp vor dem radikalen Kandidaten, Abgeordneter Painlevé, der diesen Wahlkreis bis zu seinem Tode vertrat, war Sozialrepublikaner.

Der Erzbischof von Paris hat beim Ministerpräsidenten gegen das seit 1. Januar erlassene Verbot der Rundfunkübertragung religiöser Vorträge durch den Sender Paris-Radio protestiert und an das Gesandtschaftsamt des Ministerpräsidenten appelliert, damit dieses Verbot wieder aufgehoben werde.

Die erste Abteilung der Teilnehmer an dem von Romunien veranstalteten „nationalen Hungermarsch“ hat am Montag von Glasgow aus die Wanderung nach London angetreten. Während der nächsten Wochen werden sich von neun anderen Städten des Landes aus ähnliche Gruppen in Bewegung setzen.

Die Anstellung „Die deutsche Saat“ wurde am Sonntagvormittag in Köln feierlich eröffnet. Von Adu wird die Anstellung den Marsch durch die ganze Rheinprovinz antreten.

Das Expeditionskorps der Kantlinaregierung hat die Befragung der Stadt Tschangtichan durch einen überzahlenden Handreich zur Waffenauslieferung erzwungen.

Am 1. Februar wird inairo König Ruud den Westpostkongress eröffnen, zu dem man Delegierte aus 15 Ländern erwartet. Ziel des Kongresses ist die Revision des internationalen Postabkommens. Die Verhandlungen werden voraussichtlich zwei Monate beanspruchen. Wären' des Kongresses wird inairo ein Postmuseum eröffnet werden.

Nach Meldungen aus London ist ein neues japanisches U-Boot mit seiner 21 Mann starken Besatzung auf der Höhe von Sajebo bei einem heftigen Schneesturm gesunken.

Wie die Schweizer Depeschen-Agentur mitteilt, haben die beiden Bankräuber im St. Margarethen-Park Selbstmord begangen. Am Sonntagabend in der ersten Stunde wurde eine Spur der Flüchtlinge gefunden, die nach dem Margarethenpark führte. Um Mitternacht war der Park von einem großen Polizeiangebot umstellt. Als die beiden Räuber feststellten, daß an ein Entweichen nicht mehr zu denken sei, richteten sie die Waffe gegen sich selbst.

Wie Reuters aus Tokio meldet, hat der Kriegsminister General Krasi aus gesundheitlichen Gründen seinen Abschied eingereicht. Als Nachfolger hat er General Senjuro Kanahji, den Generalinspektor des militärischen Schulungswesens, in Vorschlag gebracht.

Grenzzwischenfall

Deutsche Nazis überfallen einen Musiker auf Luxemburger Gebiet

Man schreibt uns aus Luxemburg: Nach der Gastspielvorstellung des Luxemburger Stadttheaters in Remich (Luxemburg, an der deutschen Grenze) wurde ein Mitglied des Ensembles von einer deutschen Naziband aus dem Hinterhalt überfallen und schwer mißhandelt. Es wurde durch Zeugen festgestellt, daß die Täter schwarze Reichshosen und schwarze hohe Schachtelhelme trugen und unter den Hüfen „Sajuden“ über die deutsche Grenze flogen. Die Gendarmerie in Remich eilte den Tätern nach, konnte sie aber nicht einholen. Der Verlesete wurde bewußlos unter dem Auto, das das Ensemble nach Luxemburg zurückbringen sollte, von Kollegen aufgefunden.

Werden die Luxemburger Behörden sich zu einem energischen Schritt aufraffen?

Horst-Wessel-Stadt

„Aufreizung gegen Winterhilfe“

(Anrech.) Der nationalsozialistische Stadtverordnete Spielwof teilte bei einer großangelegten Aktion gegen das Reichsmarchentum mit, daß die Zahl der Unterstützungsbedürftigen in Berlin 1.800.000 betrage. Trotzdem hätten sich bewußte Sabotage-Akte feststellen lassen. An der „Horst-Wessel-Stadt“ seien auf fast allen Plakaten der Winterhilfe kleine Ueberlebenseizettel angebracht worden, die gegen den Opferwillen des Volkes aufreisten und die Vertreter und Verfechter des Opfergedankens beleidigten.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Fiß in Duderstadt; für Inserate: Otto Kühn in Saarbrücken, Notationsdruck und Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5.

Ausführung sämtlicher Tischlerarbeiten, als Möbel, Laden- und Restaurations-Einrichtungen, preiswert und schnellstens lieferbar. Deutsche Flüchtlinge:

Gipsmann & Rosenberg
Möbel-Fabrik
PARIS-Puteaux
19, Rue Eugène Eichenberger.
Restaurants:
14, rue Menilmontant, 4, Cité du Labyrinthe

LEHM kaut JUWELN
Diamanten, Perlen, Silber, Gold
VERKAUF
Paris, 43, rue Lafayette. Expertise

20 Jahre
Weltgeschichte
in 700 Bildern!

Finanzierung von Fr. Sieburg
Gelegenheits-Angebot statt
29,30 Fr. statt nur 8,45 Fr.
Sofort zu beziehen durch:

BUCHHANDLUNG der

„Volkstimme“

Saarbrücken, Bahnhofsstr. 12
Frankfurt, Mittelbergstr.

Auch die „Kleine
Anzeige“ in der
„Deutschen Frei-
heit“ bringt Erfolge

BRIEFKASTEN

Die neue Weltbühne, Prag 1, Melantrichova 1, Heft 4 des neuen Jahrgangs in diesen erscheinen und enthält folgende Beiträge: Wilhelm Ziefen: Vom Beginn der Slaverei; Willi Schmid: So wollen wir Deutschland; Jija Odenburg; Andre Gides Weg; Max Bergner: Berliner Arbeiter heute; M. Nalimov: Die Sterilisierung der Deutschen; Paul Weisheim: Universitäts der Hochschule; Ein Dokument: Bemerkungen — Antworten.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte bitte ihre Mitglieder, soweit sie dies können am 1. März 1933 angehört haben und sich heute im Gebiet der Tschechoslowakei aufhalten, ihre Adresse anzugeben an die Liga für Menschenrechte in der Tschechoslowakei, Prag 2, Barlaasova nam. 7.

Im Verlag Albert de Vosse, Amsterdam, erscheinen im Frühjahr 1933 folgende Bücher: Der Reichsroman, Georg Hermann; Ruths schwere Stunde; Hermann Rehen; Der Gerechte; Egon Erwin Kisch: Geschichten aus 7 Wäldern; Joseph Roth; Der Antichrist; Adrienne Thomas; Dreiweltes Reuiger; Georg Herzog; Disertanten am Kapitalismus; Aufstieg und Verfall der deutschen Wirtschaft.

C. V. Anwerpen. Auch und ist berichtet worden, das einflussreiche Finanzkreise daran denken, bei einem etwaigen Sturz des Reichsfinanzministers Schmidt den Kaiserlichen Bankier Baron von Schroeder zu seinem Stellvertreter zu ernennen. Dieser Herr ist für einen solchen Posten durchaus legitimiert. Handelt es sich um einen solchen Posten, dann ist die Unterredung zwischen den damaligen Gegnern Franz von Papen und Adolf Hitler fast, die vierzehn Tage später von dem vorbereiteten Erfolg fälschlich dem Sturz Schleichers und der Berufung Hillers zum Reichsfinanzminister. Sie wollen etwas über die Persönlichkeit des künftigen Reichsfinanzministers wissen. Dieser Mann war früher nicht einmal in Finanzkreisen sehr bekannt. Er hatte nämlich geheiratet: nämlich die Tochter von Eduard von Schickler, eines der Inhaber des Kölner Bankhauses Stein. Er wurde er später gleichfalls Minister, nachdem er sich mit der Bankwelt leidlich vertraut gemacht hatte. Seine Name wurde im Jahre 1923 zum ersten Male genannt. Er hielt im Herbst dieses Jahres in Köln eine vielbesuchte Rede zum Nutzen einer rheinischen Währungsreform. Diese Rede zählte zwei Grundzüge einer rheinischen Währungsreform auf, die dem Rheinland nach einer Trennung vom Reich eine wirtschaftliche Basis geben sollte. Kurz, er war damals, wenigstens ökonomisch, rheinischer Separatist und gehörte im Grunde zu den „Landesverrätern“, die heute von der Nazi-Bewegung getroffen werden. Aber ihm hat man schnell vergeben. Er wurde später Verbindungsmann zwischen den Nationalsozialisten und der rheinischen Wirtschaft. Er finanzierte die Dächer, und Schwesterngründungen des Herrn Dr. von und sammelte auf bestimmte Konten seiner Bank viele Hunderttausende zur Deckung aller Schulden der SA. Es verstand der Kaiser, das er nach dem Ausbruch zum Präsidenten der Rheinischen Industrie- und Handelskammer gewählt wurde. Er hat heute an dem Titel, den der verlorene Reichstag ihm verliehen hat, die Ehre, in Köln zwei Jahre lang im Reichstag zu sitzen. Er hat sich nicht weniger als arischen Chef im Reichstag. Unter Baron von Schroeder denkt an die frühen Schichten der Vergangenheit nicht mehr. Vor kurzem hat er als Präsident der Kammer eine sonderbare antisemitische Rede gehalten. Aus dieser ist mit den jüdischen Führern der Wirtschaft. Es wäre endlich wieder arische Treue und arischer Glauben in sie hinein! Gut hat er gesprochen. So gut, das ihn seine eigene arische Verwandtschaft, unter der sich der mit jüdischen Eltern behaftete Kölner Bankier verheiratet hat, Misfall gesollt hat. Es gibt Juden, die in heillosen Verdrägen für das „dritte Reich“ keine antisemitische Treuegaben mühsam vertragen, wenn arische Teile der Familie zu lobten über den persönlichen und materiellen Einflüssen emporen.

Temperamentvolle Französin Wegen Beleidigung Deutschlands verurteilt

Frankfurt, 18. Jan. Vor dem Schöffengericht hatte sich die Besitzerin des inwärtigen geschlossenen „Wiener Cafe“, Frau Cecille Menerfeld, die französische Staatsangehörige ist, zu verantworten. Am 21. März, dem Tage von Potsdam, waren auf dem Cafe eine schwarzweiße und eine blaue französische Fahne geweht worden. Weil jedoch angenommen wurde, das die Beflagung aus geschäftlichen Gründen erfolgt sei, wurde die Angeklagte aufgeföhrt, die Fahne wieder zu entfernen. Als sie das ablehnte, erließ die Hillschöpfung, die zwischen heute aber der Fahnenführer die Fahnen einzuziehen lassen. Als die Angeklagte davon erfuhr, geriet sie in große Erregung und verwies darauf, das sie Französin sei und das man ihren Stolz verletze habe. Sie erging sich dann in Beleidigungen gegen Deutschland. Das Urteil wurde daraufhin geschlossen und Frau Menerfeld in Schutzhaft genommen. Am 16. Juni wurde sie wieder entlassen. Der Staatsanwalt beantragte jetzt gegen sie 3 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte sie gegen 3 1/2 Monate Gefängnis, das durch die erlittene Haft als verbüßt gelten.

Sperre der Arbeitslosenunterstützung ist nach Entlassung auf Grund des Berufsbeamtengesetzes wegen kommunistischer oder marxistischer Betätigung oder wegen mangelnder nationaler oder sozialistischer Haltung nach einer Entscheidung des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 1. November 1933, „Rechtsprechung“, S. 511, im Falle schuldlosen Verhaltens“ bindend. Das Ganze heißt Volksgemeinschaft.

Steckbrief

Wer ist ein Herr mit folgendem Personalien:
Alter: 40 Jahre.
Religion: Katholik.
Beruf: gebürtige Österreicher, am Weltkrieg teilgenommen.
Besondere Eigenschaften: Ehemaliger Offizier.
Wohnort: Köln.
Besondere Eigenschaften: Ehemaliger Offizier, deutsche Fahne, gute Kameraden, lebensfähig, gute Kameraden und weibliche Gefährtin, viel, interessiert, und kaufmännisch gebildet. (Gute Kameraden.)
Zielsetzung: Einmal auf einen Posten (ein Bild) werden ehrenvoll behandelt, dabei genaue Kameraden erben unter Chiffre R 50 497 an den Verlag des Blattes.

Deutsches Zahnärztliches Institut
12, RUE DE DOCAI - Métro: Blanche, Pigalle Tel. Trinité 16-27 - Sprechstunden 9-11, 1-4 Uhr
Zahn- u. Mundkrankh., Künsten, Elektrotherapie, Prothesen, Kronen, Brücken in Gold, Platin u. Porzellan
NEUHEIT: PORZELLAN-KRONEN UND -BRÜCKEN
Umschichtung schmerzlosender Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz. Reparaturen binnen 3 Stunden
SCHONENDESTE BEHANDLUNG FÜR NERVE UND HERZKRANKE
MASSIGE PREISE. UNTERSUCHUNG U. BEHANDLUNG KOSTENLOS

PARIS-ETOILE
6, RUE D'ARMAILLE
CHEZ KORNILOFF
Berühmte durch sechs wertvolle Klischees u. einen Spezialisten. Stark besucht von deutschen Gästen
Nizza, Institut de Massage
(Dipl. à Paris)
Manuelle und elektrische Massage
Mäßige Preise. Nizza: 7bis, r. Maréchal Joffre

Dr. Spécialiste
36, rue de Rivoli - Métro: Châtelet
RAKALE BEHEBUNG VON BLUT, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektricität, Impulsverfahren, Trypaile, eine Einspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen, Spezialkultur, Salvarsan, Venen usw.
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab
Muss spricht deutsch

Deutschlands reichster Mann

Noch immer Wilhelm II.

Das Deutsche Volk hat viele Jahre lang die Kriegsschulden für die Hohenzollern gezahlt, Wilhelm Hohenzollern aber hielt sein Vermögen zusammen. Was schert ihn die Inflation, die Wirtschaftskrise, die Massennot „seines“ Volkes. Ihm gehts gut. Die französischen Zeitungen haben in der letzten Zeit eine Aufstellung der wichtigsten Besitztümer des Exkaisers veröffentlicht, die wirklich lehrreich ist.
Wilhelm Hohenzollern ist natürlich ein vielfacher Schloßbesitzer: außer der historischen Hohenzollernburg nennt er die Burg Rheinheim, fünf Paläste in Berlin, einen Palast in Potsdam und einen im Rheingau sein eigen. Wilhelm ist einer der größten Gutsbesitzer in Potsdam, eine in Homburg und einige in Süddeutschland. Ungeheuer ist sein Waldbesitz. Aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in dem ehemaligen Deutsch-Südafrika hat er Grund und Boden, Wälder, Häuser. Ja der geschäftstüchtige Exkaiser hat sich sogar die Verfügung über mehrere — Geschäftshäuser gesichert. Das sind aber nur die Häuser und Grundstücke; Wilhelm Hohenzollern besitzt außerdem riesige Guthaben. Sein Gesamtvermögen wird von den französischen Zeitungen vorsichtig auf wenigstens 234 Millionen Dollar, also auf 3 Milliarden und 815 Millionen französische Franken geschätzt!
Wie man sieht, nährt der allerhöchste Beruf seinen Mann auch dann noch, wenn der Mann langst „arbeitslos“ geworden ist. Wilhelm II. ist im Herbst 1918 nach dem Zusammenbruch der Fronten seit noch Holland ausgerissen, er hat es allergnädigst dem deutschen Volk überlassen, für die Kosten des blutigen Hohenzollernkrieges aufzukommen. Kein kaiserliches Schloß und kein allerhöchstes Jagdrevier wurde zur Bezahlung der Kriegsschulden verwendet! In Oesterreich hat die Republik die

kaiserlichen Schlösser enteignet und den Kriegsinvaliden gegeben. So sollte wenigstens ein Teil des ungeheuren Habsburgervermögens dazu dienen, den Opfern des Habsburgerkrieges das Leben zu erleichtern. Aber wie in Deutschland die Faschisten sich schützend vor den großen Geldsack ihres Kaisers gestellt haben, so gibt es auch in Oesterreich kaisertreue Leute, die am liebsten die Habsburgergüter wieder zurückgeben würden...
Der reichste Mann Deutschlands lebt seit der Desertion nach Holland im Schloß von Doorn, aber die Verbindung mit Deutschland hat er behalten. Als die Nazi im Sommer 1932 dringend Geld für ihre letzten Wahlschlachten brauchten und die SA. stürmisch ihren Sold forderte, griff Wilhelm Hohenzollern tief in die Tasche und unterstützte seine Hakenkreuzler mit einem großen Happen Geld. Der reichste Mann Deutschlands kann schließlich, wenn sich doch um seine eigenen Interessen handelt, auch einmal splendid sein. Mit Spenden aus der kaiserlichen Schatzkammer wurde die SA. aufgepuscht zu Angriffen auf Arbeiterheime und Gewerkschaftshäuser. Der reichste Mann Deutschlands stand Pate an der Wiege des „dritten Reiches“! Wilhelm hat dem deutschen Volk das Blutbad des Weltkrieges beschert, er hat sein Teil dazu beigetragen, um Deutschland in die Hände der Nazis horden zu bringen. Das „dritte Reich“ hat die Arbeiterschaft enteignet, hat Zeitungsgebäude und Kinderheime gestohlen, aber kein einziges kaiserliches Schloß wurde der Allgemeinheit gewidmet. Heilig ist neben dem kapitalistischen vor allem das kaiserliche Eigentum im „dritten Reich“. Und auch Wilhelm II. aus außenpolitischen Gründen, wenigstens vorläufig, nicht „auf den Thron seiner Väter“ zurückkehren kann, er bleibt der reichste Mann des „dritten Reiches“. Kein Hitler und kein Göring wird ihm etwas wegnehmen.

Blitzlichter durchs deutsche Dschungel

Emin Pascha und andere Teutonen

Auf einer Kundgebung der „Deutschen Arbeitsfront“ in Halberstadt erklärte ein Redner: „Nationalsozialist ist einzig und allein der, der den Satz verstanden hat und nach dem Satz handelt, der da lautet: 'Wir sind alle miteinander auf Tod und Leben verbunden!' — Völlisch ist der, dem das Blut ins Gesicht schleicht in dem Augenblick, wo ein Jude es wagt, ihn auf der Straße anzusprechen!“
Und da ihm das Blut ins Gesicht schleicht, muß er es bei dem anderen fliehen lassen!
In der Berliner Morgenpost — jetzt mit Recht die Berliner Wochenspost — zu nennen — wurde unlängst über eine Lebensbeschreibung des berühmten Sudan-Häupters Emin Pascha erzählt, es sei in diesem Buche die Rede von der Tragik der deutschen Seele, von dem Zweifelskampf und von dem künftigen Morgenrot endlichen deutschen Sieges.“
Es ist dem solchen schreibenden Dichter deutscher Seelenbelange leider nur das kleine Walchur unterlaufen, das Emin Pascha bedauerlicherweise der aus Oppeln stammende jüdische Arzt Dr. Israel Scherzer — man bedenke: Jude und noch dazu Israel mit Vornamen! — gewelien ist, der im Orient zum Islam übertrat. O welche nationale Schmach ist über das Haus Welfen hereingebrochen!
Der „Reichsbauernführer“ hat verfügt, das nach dem Erbhofgesetz künftig nur noch die Bezeichnung „Bauer“ und „Landwirt“ zulässig sind. Andere Titel seien verboten. Adressen hätten künftig zu lauten: „An den Bauer Herrn...“ oder „An den Landwirt Herrn...“, „Rittergutbesitzer“, „Gutsbesitzer“ usw. dürfte keiner sich mehr nennen.
Da sagen die Leute noch immer, das die Nationalsozialisten nicht ihr „Sozial-Programm“ erfüllen! Aber eine beschiedene Frage drängt sich den Zeitgenossen auf: Wie hat man künftig an zwei der größten deutschen Grundbesitzer zu schreiben? Soll man adressieren: „An den Bauer Herrn Paul von Hindenburg“ und „An den Bauer Herrn Wilhelm II.“?

Der „Deutsche Herald“, ein Blättchen der braunen Couleur, stellt fest, das noch heute 20 v. a. jüdische Emigranten jüdischer Abstammung in Deutschland im Amt sind! Sie haben es — dank hoher Protektion — also entschieden weiter gebracht, als es Jesus heute vermöchte, denn dieser würde nach den neuen deutschen Hochschulbestimmungen in Ermangelung der arischen Großmutter gar nicht erst zum Theologiestudium zugelassen werden! Koch dazu, wo er gar keine Protektion hat...
Frau Helene Petrich, Gattin des früheren polnischen fischen Chefsekretärs der Justiz und jetziger Mitarbeiter des Völkerverbund-Büchleinverlagskommissars MacDonald, weilt kürzlich im Saargebiet, um dort die Lage der Flüchtlinge zu studieren. Als sie in Saarbrücken, eine Zigarette rauchend, an einer Strakenbahnhaltestelle wartete, tempelte sie ein Nazi-Gentleman mit den Worten an: „Eine deutsche Frau raucht nicht!“ Frau Petrich verbat sich das mit dem Hinweis, das sie Engländerin sei. Außerdem aber werde das Saargebiet noch nicht von Hitler und Göring regiert. Aber der Naziheld forcht sich nit, schlug Frau Petrich und beschimpfte sie.
Es ist unerhört, mit welchen Graueuigkeiten die Nazis noch gegen sich selber arbeiten!
Der mit allem erforderlichen braunen Del gefärbte Oberbürgermeister der Stadt Köln, Dr. Rielen, landete der „Kölnischen Zeitung“ folgendes Schreiben: „In der Ausgabe Nummer 677 Ihres Blattes ist ein Artikel „Staatssekretär Zwich in Köln“ erschienen, in dem inbezug auf den Empfang in Rathaus ausgeführt wird: Das Stadtoberhaupt traf auf das Wohl der beiden Staatsmänner Mussolini und Hitler. Diese Darstellung steht im krassen Widerspruch zu den Tatsachen. Ich bitte davon Vorkerkung zu nehmen, das es bei Nationalsozialisten nicht Brauch ist, auf das Wohl unferer Volksgenossen Adolf Hitler zu trinken. Ich habe am Schluß meiner Rede, der künftigen Uebung folgend, ein „Siegeheil“ auf die Staatsmänner der beiden Nationen ausgebracht.“
Es ist „bei Nationalsozialisten“ nicht üblich, so trinken, sondern sich zum Wohl des Führers an dem Blute seiner Gegner zu veranlassen! Waldemar Grimm.

Die Auswahl

Wer darf in Sachsen studieren?
Diese Frage beantwortet das sächsische Ministerium für Volksbildung so: „Zum Hochschulstudium und zu Berufsausbildung ist der Nachweis abgeschlossener Schulbildung auf einer neunstufigen höheren Schule als Voraussetzung zu fordern. können keinesfalls mehr als ein Viertel bis ein Drittel der im Lande vorhandenen Oberprimarien zugelassen werden, ohne das für diese dadurch eine Gewähr für einen wirklichen Berufseintritt gegeben werden kann. Im gleichen Verhältnis ist der Zugang zu der zur Hochschulreife führenden Oberstufe einzuschränken. Um gerecht zu werden für jede Schule den ihr zukommenden Anteil der Abiturienten und der in den zur Hochschulreife führenden Oberbau aufzunehmenden Untersekundaner zu bestimmen, werden die Oberprimarien und Untersekundaner des Landes in den nächsten Monaten zu vom Ministerium noch festzusetzenden Zeiten je drei Arbeiten anzufertigen haben, die für alle Schulen die gleichen sein werden und deren Auswertung der Ergebnisse durch das Ministerium erfolgt. Die Einzelauslese nimmt es nicht vor. Das ist vielmehr die Sache der Schule, die ihre Schüler kennt. Das ist dabei auf Persönlichkeit, Leistungswillen und Leistungsfähigkeit der Schüler Rücksicht zu nehmen.“

Berücksichtigt die Inserenten der „Deutschen Freiheit“